

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Veranschaulichungs-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Sonnabend, den 8. September 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Lässt sich die Arbeitslosigkeit in Lübeck beseitigen?

In unserem letzten Artikel, „die Ursachen der Arbeitslosigkeit“ betitelt, hatten wir schon darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit international ist, daß sie sich überall da zeigt, wo das Kapital herrscht. In Folge dessen müssen auch die Maßnahmen gegen dieselbe, falls dieselben radikal wirken sollen, auf die vollständige Umgestaltung unseres widersinnigen Wirtschaftssystems hinarbeiten. Nur mit dieser Veränderung wird auch die Arbeitslosigkeit erst völlig verschwinden. Mit einigem guten Willen ließen sich allerdings schon vorher Wege finden, die wenigstens zur Milderung beitragen. Zunächst besteht ja der Krebschaden darin, daß die Arbeiter einen zu geringen Antheil vom Ertrage der Produktion erhalten. Soll dem abgeholfen werden, so kann es nur dadurch geschehen, daß der Antheil des Arbeiters in dem Maße erhöht wird, wie man denjenigen des Kapitalisten einschränkt. Das beste Mittel hierzu bildet schon eine thatsächliche internationale Arbeiter-Schutzgesetzgebung mit äußerster Beschränkung der Arbeitszeit. Es ist nur zu bekannt, daß unsere Arbeiterschutzgesetzgebung noch „in den ersten Windeln“ liegt; viel Erfolg ist daher von ihr nicht zu versprechen.

„Indeß wo finden wir den Pfad nach dem fernen Lande der Verheißung, von dem uns nur durch das Seherauge großer Denker Kunde ward? Wie sollen die arbeitenden Proletarier sich emporringen auf lichtere Höhen, wenn das fast bedingungslose Arbeitsangebot der Beschäftigungslosen gleich einer bleiernen Kette sie immer und immer wieder auf die Stufe der kärglichsten Lebensfristung des bloßen Existenzminimums herabzerrt?“ phantasiert der Kathederjohann Professor H. Herkner. „Wir erblicken keine andere Möglichkeit, so fährt er fort, die Hebung der Arbeiterklasse und die Entwicklung einer sozialen Verwaltung gelegen ist, müssen selbst die Fesseln sprengen, indem sie die Arbeiterklasse ganz oder theilweise von der Fürsorge für die Arbeitslosen entlasten.“ Niemand kann aus seiner eigenen Haut, am wenigsten der bürgerliche Klassenstaat. So wird Herkner's Traum eben ein — Traum bleiben, der nicht einmal bei Herkner's Klassengenossen allzu ehrliche Vorliebe findet. Der Klassenstaat erwärmt sich nicht dafür, die Arbeitslosen den Arbeitern abzunehmen; es widerspricht dies auch durchaus seinem „Geiste“. Der Klassenstaat und seine Vertreter denken vielmehr wie der Berliner Stadtbaurath Hübner-Berlin: „Man muß sich hüten, den Nothstand öffentlich anzuerkennen, weil dadurch nur die Arbeitslosen und die Begehrlichkeit gesteigert wird. Das Niveau der Menschen im Allgemeinen und der Arbeiter im Besonderen sinkt herab, wenn sich eine übermäßige Hilfsbereitschaft gegenüber Arbeitslosigkeit zeigt.“ Daß „man“ dieses Sprüchlein Hübners jeder Zeit anzuwenden bereit ist, dürfte jedem Arbeiter bekannt sein. Beiläufig gesagt sind Hübners Worte nicht neu. Es ist gleichsam neuer Wein in alte Schläuche gefüllt. Schon in den vierziger Jahren wandelte ein Lübecker Kind auf demselben Pfade; derselbe schrieb damals im „Lübecker Bürgerfreund“:

[Verarmung?] Man hört nicht selten, daß es für die unteren Klassen hieselbst an Arbeit fehle und grade die untere Klasse der Arbeitsleute pflegt diese Behauptung aufzustellen und darauf ihre Ansprüche auf Schutz wider die Eingriffe Anderer in ihre vermeintlichen ausschließlichen Berechtigungen zu stützen. Damit läßt sich nun freilich die Klage derer, welche bei gewöhnlichem Arbeitslohn Leute für eine den ganzen Tag andauernde wirkliche Arbeit suchen, daß sie keine Arbeiter finden können, schwer reimen. Was aber soll man dazu sagen, wenn man schon seit mehreren Wochen vergeblich Arbeiter gesucht werden für die Arbeit in den Holzlagern auf der Lastadie, zu einem Tageslohn von 1 Mark Courant 4 Schilling. Wie wir wissen, hat die betreffende Behörde bisher ihre Zustimmung zur Annahme fremder Arbeiter für die Arbeiten auf der Lastadie verweigert; sie wird sie aber erteilen müssen, weil die Arbeit ohne großen Nachtheil für den Handel und den Verkehr im Hafen nicht ungethan bleiben darf. Ebenso, wie in dem angeregten Falle, fehlt es auch anderswo an Arbeitsleuten, z. B. in den Forsten und überall, wo wirklich gearbeitet werden soll. Gottlob, es fehlt unseren Arbeitsleuten während der Arbeitszeit nicht an Arbeit, dagegen fehlt es uns an hinreichenden arbeits-

lustigen Arbeitsleuten. Deshalb kann denn auch von Verarmung bei uns nicht die Rede sein; möchte deshalb auch nicht davon geredet werden!

Das ist ja häufig genug der Grund, weshalb man Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit abschlägt: die Arbeitslosen. Und doch ist sie der wichtigste aller Gründe. Schon damals ergriff „ein Arbeiter“ das Wort und widerlegte den Satz, daß das Gros der Arbeitslosen arbeitslos ist; er schrieb:

Die letzte Nummer des Bürgerfreunds enthält einen Artikel, worin den hiesigen Arbeitsleuten schon vor aufstrebenden oder (wie es dort heißt, „wirklichen“) Arbeiten vorgeworfen wird. Dies so allgemein zu behaupten, ist so wenig gerecht als freundlich. Natürlich giebt es, wie überall, auch hier Solche, die um jede ernsthafte Arbeit herumgehen, die nur aufpassen, was sich mit Genüchlichkeit thun läßt, deren Weiber beim Brodverdienen das Meiste thun müssen; — allein daß es der Tagelöhne und Wirtschaftsführer hier mehr gäbe, als an anderen Orten, kann man gewiß nicht sagen. Am wenigsten ist der in dem genannten Artikel angezogene Fall geeignet, dazu einen Beleg zu geben oder zu beweisen, was damit bewiesen werden soll. Nicht weil das Holztragen auf der Lastadie eine schwere, sondern weil es für den Untandigen eine der Gesundheit sehr schädliche Arbeit ist, wird dies Geschäft gemieden. Viele haben es versucht, Wenige es länger als ein paar Wochen ausgehalten. Wenn der Beschäftigte ein Mal die Brust eines solchen Arbeiters gesehen hätte, wie sie von dem Druck der großen Bohlen schon nach drei Wochen weß geworden, die von den Balken vielleicht schon am ersten Tage zerschundene Schulter, er würde sicher anders geurtheilt haben. Wer verdient nicht gern ein Tagelohn von 20 Schilling; aber wer möchte auch um solchen Preis seine Gesundheit, seine Arbeitsfähigkeit aufs Spiel setzen; die Frau würde Einen lieber Wochen lang ohne Arbeit umhergehen lassen, als zugeben, daß man auf der Lastadie Holz trage — so allgemein ist in unserem Stande die Abneigung gegen jene Arbeit, bei der man, weniger durch diese selbst, als durch gewisse Gefahren, Gefahr läuft, seine Gesundheit einzubüßen, zum Krüppel zu werden. Es kam darum auch den einheimischen Arbeitsleuten nur lieb sein, wenn für diese Arbeit Fremde verwendet werden. Der gewöhnliche Tagelohn beträgt bei uns nicht mehr 12 Schilling, und er wird zum Theil gewiß sauer genug verdient. Das Holztragen auf der Lastadie ist an sich, d. h. wenn es der Ordnung gemäß vor sich geht, nicht aufstrebender als die meisten der für den gewöhnlichen Tagelohn beschafften Arbeiten. — und dennoch kann der so beträchtlich höhere Tagelohn nicht Einen unter Hunderten dazu reizen. Ja, es herrscht sogar mehrertheils auf der Lastadie ein außerordentlich lustiges Leben, und der ganze Wochenlohn wird nicht selten verjubelt, aber das ist freilich nicht Jedermanns Sache, und ein rechtlicher Familienvater bewahrt seinen Verdienst gern für Frau und Kinder. Sollen hiesige Arbeitsleute veranlaßt werden, auf der Lastadie Arbeit zu nehmen, so wird mehr als selbst eine Lohnerhöhung dazu thun können die Vorzeige, daß die neuentretenden, der Arbeit noch nicht kundigen Leute nicht beständig auf ihre Gesundheit im Hinblick gestellt und nicht ohne alle Rücksicht auf ihre Gesundheit von den mit dem Holztragen bekannten regelmäßigen Arbeitern der Dielenträger behandelt werden, nicht mit ihren Gliedern und ihrer Tazche allen möglichen Händeln preisgegeben sind.

Das sei nebenbei gesagt, um die „Fabel“ von der „Arbeitslosen“ der Arbeitslosen zu zerstören.

Wir haben nun durch unsere Statistik gezeigt, daß wirklich Arbeitslosigkeit in Lübeck vorhanden ist. Es ist daher nöthig, daß Abhilfe geschaffen wird. Wir haben aber auch weiter oben gezeigt, daß die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur mit einer Aenderung des Wirtschaftssystems, daß ferner eine Milderung derselben nur mit weitmöglichster Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung eintreten kann. Da aber die Arbeiterschutzgesetzgebung zur Kompetenz des Reiches gehört, und wir zunächst nur Abhilfe gegen die zunehmende Noth innerhalb unseres kleinen „Freistaates“ fordern, so sehen wir uns genöthigt, noch andere Vorschläge zur Abhilfe vorzubringen. Im November 1892 beantragte der Senat bei der Bürgerchaft die Bewilligung der Summe von 132 254,59 Mark für öffentliche Arbeiten, zur Vermehrung der Erwerbsgelegenheit für die arbeitende Bevölkerung Lübeck's. Es hatten also schon damals die Behörden sich bereit finden lassen, gegen die allzu große Arbeitslosigkeit Maßregeln zu treffen. Nach unserer Meinung läßt sich die Sache jetzt noch bedeutend leichter in Gang bringen, um so mehr, da es nicht erst einer Bewilligung bedarf. In unserer Arbeitslosen-Statistik hatte sich gezeigt, daß gerade das Bauhandwerk und ähnliches am meisten be-theiligt ist; durch sofortige Inangriffnahme des Elb-Grave-Kanalbaues aber würden nicht nur allein diese Handwerker Beschäftigung finden, nein, auch Andere würden aus der vermehrten Arbeitsgelegenheit Nutzen ziehen.

Wir erwarten daher, daß der Bau des Elb-Grave-Kanals im Interesse der Arbeitslosen Lübeck's so schnell als möglich in Angriff genommen wird.

Politische Rundschau. Deutschland.

Zusel ist das Kulturmittel, durch welches man die Reichsländer für „reines Deutschthum“ ködern will. Im August-Septemberheft der Mittheilungen des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke finden wir das folgende Schreiben einer deutschgesinnten Zeitungsredaktion im Elsaß wiedergegeben:

Wie in ganz Frankreich, so konnte man in ganz Elsaß-Lothringen vor 1870 als Schnaps nur Zwetschenwasser, Kirchenwasser und Treberbranntwein (aus Zwetschen- und Weintröbern gebrannt), aber die Schnapspest kannte man nicht! Diese hat sich erst gezeigt nach 1870, d. h. nachdem die preussischen Branntweinbrenner für ihren Kartoffelsusel in Elsaß-Lothringen ein günstiges Abjagfeld entdeckt hatten und uns mit ihrem Gift überschwemmten. Früher, als der Wein sehr billig war, pflanzten viele Arbeiter, wenn sie früh zur Arbeit gingen, ein Glas Rothwein für 2 Sous zu trinken. Heute trinken sie ein Glas Kartoffelsusel für 5 Pf. Viele Frauen, wenn sie Morgens etwas einholen, machen's der Männern nach — das Schandzeug ist ja in allen den vielen kleinen Spezereiläden zu haben — und wieviel Unglück aus dieser Schnapspest schon entstanden ist, das läßt sich nicht schildern.

Der Parteivorstand macht diejenigen Genossen, welche Anträge zum Parteitag einreichen, darauf aufmerksam, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten, oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfehle es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbiete sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen. Die Versendung der Mandatsformulare erfolgt zu Anfang Oktober.

Prufop entlassen. Wie durch ein Telegramm „dem Vorwärts“ bekannt gegeben wird, ist Genosse Prufop, der angeblich wegen Theilnahme an dem Krawall bei Antonienhütte verhaftet wurde, aus dem Gefängniß wieder entlassen.

Geld her, für die schwimmenden Mordwerkzeuge! Die offiziellen „B. P. Nachr.“ schreiben: „In dem Etat für die Verwaltung der Marine auf das Jahr 1895/96, wie er gegenwärtig an der zuständigen Stelle der Zusammenstellung und Bearbeitung unterliegt, dürften sich wieder Forderungen für die Erweiterung des Flottenpersonals vorfinden. Diese ist im Jahre 1892/93 eingeleitet worden. Für ihre gänzliche Durchführung war von vornherein die Dauer von vier Jahren in Aussicht genommen, denn in dem Etat für 1892/93 war nur ein Viertel der beabsichtigten Vermehrung eingestellt worden. Es handelt sich dabei um die Verstärkung der Matrosen- und Werftdivisionen sowie des Seeoffizierskorps, der Seekadetten, Kabotten und des Maschinen-Ingenieurkorps. Die Vermehrung war hauptsächlich dadurch nöthig geworden, daß für das Matrosenpersonal in der Gegenwart ein Friedensstamm von der halben Besatzungsstärke und für das Maschinenpersonal bei den neuen Schiffen ein solcher von zwei Dritteln der vollen Besatzung gefordert werden muß. Indessen auch die dauernde Besetzung der südamerikanischen Station sowie die dauernde Indiensthaltung eines zur Ausbildung von Schnellladekanonenschützen und eines dritten Avisos für die Manöverflotte wurde als Grund für die Personalvermehrung geltend gemacht. Die gesammte Erweiterung belief sich, abgesehen von der Vermehrung der Offiziere u. s. w., auf 108 Oberdeck-Offiziere, Deck-Offiziere oder Wachmeister, 948 Obermaate und Maate, 592 Obermatrosen, 309 Matrosen und 1057 Gefreite und Gemeine. In den Etats für 1892/93, 1893/94 und 1894/95 sind von dieser Forderung Theile bewilligt worden. Im Etat für 1895/96 dürfte es sich voraussichtlich um den Rest handeln.“ Das geht ja schon gut los!

Das Denkmal für den Herzog Ernst von Koburg. Während vor kurzem nationalliberale Blätter zur Zeichnung von Beiträgen zum Bau eines Denkmals für den verstorbenen Herzog Ernst aufforderten und dessen Verdienste um die „nationale“ Sache rühmten, schreibt das Bismarckorgan, die „Zukunft“: „Er (Herzog Ernst) hat durch ausschweifendes Gelüsten die Finanzen seines Landes in Ver-

wirung gebracht, Titel und Orden als Einnahmequellen benutzt und ein Privatleben geführt, neben dem Heines Grisettenabenteuer wie ein kühnes Erdenwallen erscheinen. Die Geschichte seiner Vorleserinnen, die Art, wie er strebsame Glücksritter anzeichnete, wie er Theaterdirektoren für die Aufführung seiner Opern mit Orden belohnte und schließlich auf anderer Leute Kosten Mustervorstellungen veranstaltete, — das alles und noch sehr viel mehr ist leider allzu bekannt geworden, als daß man es in scheinbarer Pietät heute noch ängstlich verbergen müßte. Kurz, der Herzog verdient kein Denkmal." Ferner nennt die „Zukunft" den Herzog einen kleinen „intriganten Treppenpolitiker"? Was sagen hierzu die nationalliberalen Blätter?

Ein Sigl'scher Festbericht über die Sedanfeier im „Vair. Vaterld." hat folgenden charakteristischen Wortlaut: „Sankt Sedan" ist dieses Jahr in München erbärmlich gefeiert worden. Nur etliche Reichszipfel zappelten einsam und langweilig zu magistratischen Hausbüchern heraus; die Bürger lassen überhaupt nichts mehr hängen als die Köpfe. Sie transit gloria Sedan!"

Ein Meineidsprozeß soll sich demnächst gegen den antisemitischen Reichstags-Abgeordneten für Schwegen-Schmalthalen Hans Leuß, abspielen. Nach dem „V. L.", dem wir alle Verantwortung dafür überlassen müssen, ist jetzt auf die Beschwerde des Dr. Schmitz die Staatsanwaltschaft in Hannover durch die königliche Oberstaatsanwaltschaft in Celle angewiesen worden, die Voruntersuchung gegen Leuß wegen Meineides zu erheben. Außerdem ist Herr Leuß von Herrn Dr. Schmitz, den er früher wegen Unterschlagung denunziert hatte, wegen wissentlich falscher Denunziation und wegen Unterschlagung von Parteigeldern denunziert worden. Eine nette Brüderschaft!

Der Reichskanzler und die Verschärfung der Vereinsgesetzgebung. Im „Hamb. Korv." wird offiziös geschrieben: Trotz unserer Absicht, diese Angelegenheit möglichst ruhen zu lassen, sind wir genötigt, darauf zurückzukommen, weil seltsamer Weise ein Blatt auf den Gedanken verfallen ist, in einer Mittheilung unseres Blattes vom vergangenen Sonnabend einen Beweis dafür zu sehen, daß ein Meinungsgegensatz zwischen dem Grafen Caprivi und dem Grafen Eulenburg bestehe, denn es sei doch ein himmelweiter Unterschied, ob man eine Gesetzesänderung für nöthig, oder für allenfalls erträglich hält. Davon stand aber kein Wort in unserer Meldung. Wir hatten berichtet, daß Graf Caprivi nicht der Urheber des Gedankens sei, daß aber seine Zustimmung zum Vorgehen in Preußen nicht fehlen werde. Wir können, um die Skrupel jenes Blattes zu beruhigen, noch hinzufügen, daß, wie uns ein Korrespondent heute schreibt, Graf Caprivi unseres Wissens der Idee durchaus sympathisch gegenübersteht.

Die beiden Anarchisten, Müller und Garisch, welche Sonnabend in Frankfurt a. M. verhaftet wurden, sind wieder entlassen.

Lehrerelend giebt es nicht nur in Preußen, sondern auch anderwärts. Wir lesen in der „Frankf. Ztg.": „Eine Korrespondenz aus der Pfalz bezeichnet es als klassisches Beispiel für die schlechte Besoldung der Elementarlehrer, daß die Gemeinde Niedertulst eine katholische Lehrerstelle mit einem Gehalt von 888,55 Mk. an einen „gut qualifizirten" Bewerber zu vergeben beabsichtigt. Da haben wir denn doch in Württemberg noch klassischere Beispiele. Dort bezieht ein Schulgehilfe im Alter von 20 oder 21 bis 25 oder 26 Jahren etwa 450 Mark und von dort ab als Unterlehrer bis zum durchschnittlich 30.—32. Jahre 700 Mark, worauf er zu einer Gehaltsstufe von etwa 1000 Mark emporsteigt. Von diesen 1000 Mark gehen freilich gleich im ersten Bezugsjahr wieder 27 Prozent und in den folgenden Jahren je 2 Prozent als Leistungen für die Pensionskasse ab. Bemerkenswert sei noch, daß diese „hohen" Gehälter erst seit der letzten Aufbesserung vor 3 Jahren gewährt werden, vorher waren sie um 50 Reichsmark niedriger bemessen. „Es ist ein Glück für den Mann, daß er das Joch trage in seiner Jugend" sagte in väterlicher Fürsorge ein Prälat in seiner Kammerrede, die darthun sollte, daß eine Gehaltszulage von 50 Mark mehr als genug sei, und unter dem Krumm- bzw. Prälatenstab läßt sich ja bekanntlich — gut wohnen. Der erwähnte Prälat bezog damals 7000 Mark pro Jahr."

Die Einberufung des Reichstages soll, wie die „Nat.-Ztg." wissen will, für die Mitte November, die des preussischen Landtages für die Mitte des Januar in Aussicht genommen sein.

Ein neues Mittel, Sozialdemokraten unschädlich zu machen ist ganz in der Nähe von Frankfurt a. M., in Langenselbold bei Hanau, vom dortigen Königl. Amtsgericht (gez.) Spindler, entdeckt worden. Die Frankfurter „Volkstimme" berichtet hierüber folgendes: In einer Ortschaft des Bezirkes dieses Amtsgerichts gehört der 16jährige Sohn eines Arbeiters W. dem dortigen Turnverein an. Eines schönen Tages wurde W. (der Vater) auf das Amtsgericht geladen und aufgefordert, daß er seinen Sohn zum Austritt aus dem Turnverein veranlasse. Denn der Turnverein „bestreife sich nach amtlichen Mittheilungen mit Politik, er habe sich durch eine zweifelhafte Hülfe einer rothen Fahne als Anhänger einer revolutionären Gesellschaft öffentlich bekannt und zu seinem Vorstehen einen gewissen F. gewählt, welcher vor einiger Zeit in A. einer Gesellschaft angehört habe, in der Einrichtungen der evangelischen Kirche auf das schwerste verhängt seien. Ferner wurde F. befragt, ob es richtig sei, daß ein großer Theil erwachsener Mitglieder des Turnvereins dem politischen Vereine „Arbeiterchutz" angehöre, was derselbe bejahte. Auf Vorhalt, daß es doch überhaupt nicht passend erscheine, daß minderjährige Personen einem politischen Vereine angehören, hat er erwidert, darüber bestimme das Vereinsgesetz. Auf den weiteren Vorhalt, daß das Vormundschaftsgericht nicht dulden könne, daß minderjährige Personen einer Gesellschaft angehören, welche sich öffentlich als Vertreter der Revolution bekennen und gerichtsbekanntermaßen jeder religiösen Anschauung und der herrschenden Sitte widersprechen, hat er jedoch erklärt, er werde seinen Sohn abmelden, doch halte er sich nicht für verpflichtet,

seinem Sohn den Wiedereintritt in den Verein zu untersagen, wenn derselbe das 18. Lebensjahr vollendet habe. Anstatt seinem Versprechen nachzukommen, hat W. sich an die bekannte in Frankfurt erscheinende Zeitung „Volkstimme" gewendet und auf Grund einer Notiz im Briefkasten ein Schreiben an das Gericht gesendet. „Vorliegend," lautet die Entscheidung des Amtsgerichts (gez.) Spindler, „handelt es sich offenbar um einen Mißbrauch des Erziehungsrechtes durch Nichtausübung desselben, durch Vernachlässigung der Erziehungspflicht. W. will seinen Sohn nicht aus dem fraglichen Verein herausnehmen, obwohl er bestimmt weiß, daß in denselben Elemente überwiegen, welche waterlands- und religionslos sind und der bei uns herrschenden Sitte widersprechen und sogar so weit gegangen sind, daß sie den Verein als solchen durch ein allgemein verständliches Abzeichen als Träger des Gedankens der Revolution, und zwar recht eigentlich der politischen Revolution öffentlich gekennzeichnet haben. W. weiß also, daß sein unheilvoller, jugendlicher Sohn in dieser Umgebung zu einem waterlandslosen, religionsfeindlichen und sittenlosen Menschen heranwachsen muß, unterläßt es aber, dies zu verhindern. Er gefährdet also durch sein Verhalten das geistige Wohl seines Kindes, und da er durch sein Schreiben und die darin kundgegebene Abhängigkeit seines Denkens und Handelns von den Rathschlägen einer gerichtsbekanntermaßen mehrfach vorbestrafter Person, eines gewissen Hoch in Frankfurt a. M., ebenso wohl seiner Widerspenstigkeit und Auflehnung gegen obrigkeitliche Anordnungen, wie seine Unfähigkeit, selbstständig die Erziehung seiner Kinder zu leiten, dargethan hat, erweist sich als notwendig, die Person des Kindes durch Einschreiten des Vormundschaftsgerichts gegen geistige und sittliche Verwahrlosung zu schützen und nach Lage der Sache erscheint die Entziehung des Erziehungsrechtes als einzige zum Ziele führende Maßregel."

Natürlich wurde dagegen Beschwerde erhoben. Das königliche Landgericht zu Hanau aber hat in seiner Sitzung, an welcher Theil genommen haben, 1. Landgerichtsdirektor Bohnen, 2. Landgerichtsrath Dr. Braub, 3. Landrichter Kehr die Beschwerde zurückgewiesen. Begründet wird dies in folgender Weise: Der Vater, der den Eintritt seines minderjährigen Sohnes in einen politischen Verein, soweit dieser Zutritt überhaupt gesetzlich zulässig, gestattet oder duldet, verletzt damit allein seine Erziehungspflicht noch nicht. Verfolgt aber ein Verein, einerlei, welche besondere Zwecke er sich setze, und welcher politischen Richtung er etwa angehöre, ausgeprochenenmaßen Tendenzen, die gegen Recht, Sitten, Religion oder verwandte Güter gröblich verstoßen, dann ist es die in der Erziehungspflicht begründete Pflicht des Vaters, den Sohn von diesem Verein fernzuhalten. Denn bei der Erfahrung- und Urtheilskraft und der dadurch bedingten leichten Bestimmbarkeit des jugendlichen Alters bestünde die dringende Gefahr, daß jene Güter, die von jedem Gesitteten werth gehalten werden müssen, unter dem Baum der Vereinsendenzen und dem persönlichen Einfluß, insbesondere der älteren Vereinsmitglieder, den jungen Leuten verächtlich gemacht und dauernd entfremdet würden. „Vorliegend ist nun durch die thatgehabten Ermittlungen festzu- u. a., daß der Turnverein zu Hanau, dem der Sohn des Beschwerdeführers angehört, im letzten Jahre eine rothe Fahne als Vereinsfahne angehängt hat und daß diese bei einer Feier des Vereins am 15. April d. J. auf dessen freiem Terrain gehißt worden ist. Die rothe Fahne ist die Versymbolisirung der internationalen Revolutionsideen. Deren Anhänger sind, jedenfalls der großen Mehrheit nach, Leute, deren Liebe zum Vaterland, Ehrfurcht vor Recht und Gesetz und Obigkeit und selbst Religion und Goltesfurcht Gegenstände des Spottes und Verachtung sind. Die Theilnahme an einem organisirten Verband, in welchem, wie das Vereinswahrzeichen bezeugt, solche Anschauungen zum mindesten ausgesprochenere Billigung finden, kann der heranwachsenden Jugend nur zum Verderb gereichen. Es ist deshalb eine grobe und zur Anwendung aller gesetzlich zulässigen Gegenmaßnahmen nöthigende Pflichtvergeßlichkeit der für ihre Erziehung Verantwortlichen, wenn sie, wie dies der Beschwerdeführer in seiner brieflichen Erklärung gethan hat, trotz erfolgter Erinnerung an ihre Pflicht, sich weigern, die ihrer Erziehung Unterstellten aus einem solchen Verein herauszunehmen. Das Amtsgericht hat hiernach mit Recht dem Beschwerdeführer das väterliche Erziehungsrecht entzogen, und es wird diese Maßregel so lange aufrecht zu erhalten sein, bis er anderen Sinnes geworden sein und genügende Garantien für fernere Wahrung seiner Erziehungspflichten gegeben haben wird."

So lautet wörtlich die landgerichtliche Entscheidung, die wir in unserer Uebersicht ein neues Mittel, die Sozialdemokratie unschädlich zu machen, nannten. Und dies mit Recht. Denn nach dieser Entscheidung würden die Gerichte nicht dabei stehen bleiben können, die Väter zu zwingen, ihre Söhne von sozialdemokratischen Vereinen fernzuhalten. Sie müßten vielmehr jedem Sozialdemokraten das Erziehungsrecht entziehen. Denn viel gefährlicher als ein Verein, der zur rothen Fahne hält, ist offenbar ein solcher Vater. Er wird bemüht sein, ja es geradezu für seine Pflicht ansehn, seine Kinder aufzuklären, sie für die Ideale der Sozialdemokratie zu begeistern, also für die Ideale, deren Versymbolisirung die rothe Fahne ist. Und als Vater hat er hierzu nicht nur viel öfters Gelegenheit, sondern sein Wort hat auch eine viel größere Bedeutung, sein Beispiel auch einen viel entscheidenderen Einfluß auf seine Kinder, als dies seitens irgend eines Vereines der Fall sein kann. Es müßten also all denjenigen Eltern, welche in den Verdacht kommen, daß sie zur rothen Fahne halten, die Kinder fortgenommen werden. Derjenige, der dies vermeiden will, muß ängstlich besorgt sein, einen solchen Verdacht von sich fernzuhalten. Wer würde da noch wagen, irgend eine sozialdemokratische Zeitung zu halten, einem solchen Vereine beizutreten, sich an einer sozialdemokratischen Versammlung oder einem derartigen Feste zu beteiligen? Ja, schon die Thatfache, daß ein Arbeiter sich von den gutgesinnten Zeitungen, Vereinen, Versammlungen u. s. w. fernhält, könnte verdächtig werden. Sollte aber selbst die Liebe zu ihren Kindern die Eltern nicht dieser „Ordnung" zuwenden, so werden ihre Kinder bereits im zartesten Alter in irgend eine fromme Erziehungsanstalt gesteckt, und dort wird ihnen dann die „gute" Meinung gehörig eingebläut.

Auf diese Weise wird die „sozialdemokratische Gefahr" beseitigt ohne alle Ausnahmegefesse, ohne daß die Regierung mit den Abgeordneten lange verhandeln muß.

Wahrlich! dem Entdecker dieser herrlichen Idee muß das Herz im Leibe hüpfen — nur schade, daß diese Entscheidung sicher von der Behörde aufgehoben werden muß, denn sie ist nach unserer Uebersetzung unhaltbar, — ja ungeleslich!

Oesterreich-Ungarn.

Wegen „Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses" wurde folgende in Nr. 67 unseres Wiener Parteiorgans „Arbeiter-Zeitung" enthalten gewesene Glosse konfisziert:

„Freche Antwort. Eine hohe Frau begegnet eine Spitzenbäckerin, die mit einem schweren Kasten beladen einen steilen Waldbweg hinaufsteigt. Leutselig fragt die hohe Frau: „Ist Ihnen damit gedient, liebe Frau, wenn ich Ihnen was abkaufe?" Und die freche Antwort darauf: „Soll thät i glaub'n, ob mir damit gedient ist. Wann i niz verlauf, hab' i niz z'leb'n."

Das Wiener Landesgericht hat die Beschlagnahme dieser Glosse aufgehoben, „weil sich aus derselben eine direkte Beziehung auf ein Mitglied des kaiserlichen Hauses nicht ergibt."

Welch ein Wunder der Gerechtigkeit! In den österreichischen sogenannten Staatsgrundgesetzen heißt es: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger

gleich." Die „Gleichheit" vor dem Gesetze ist bekannt und wenn in der Durchführungs-Verordnung vom 20. August zu dem Landsturmgesetze vom Mai dieses Jahres festgestellt wird, daß sich alle Landsturmpflichtige bei der Gemeindevorstellung des Aufenthaltsortes melden haben und gleichzeitig gestattet wird, daß „höher öffentliche Funktionäre und Standespersonen die Meldung unmittelbar bei der politischen Bezirksbehörde bewirken können" — so wird sich über diesen einen Gesetzbruch mehr in Oesterreich kein vernünftiger Mensch wundern. Die „Neue Freie Presse" benutzte freilich die Gelegenheit, sie ganz demokratisch zu geben und heuchelt die Naivität zu folgenden Fragen: 1) „Wer und was ist ein Standesperson?" Die Antwort ist sehr schnell gefunden; die „Neue Freie Presse" möge nur ihre Hintermänner ansehen. Eine „Standesperson" ist Oesterreich eigentlicher politischer Typus; das sind die Leute von „gebildeten und bestehenden Bürgerthum" aufwärts, die Herren „von" . . . Ganz kurz: als Standespersonen werden in diesem Lande, nach dessen Gesetzen alle Staatsbürger bekanntlich gleich sind, die Reichen angesehen. Auch die reichen Juden — die „Neue Freie Presse" möge sich also beruhigen.

Und Frage 2: Wie ist diese Bestimmung mit den allgemeinen Bestimmungen der Staatsgrundgesetze vereinbar? Ja, nur so wie viele, wie alle Gesetze, welche die Ungleichheit der Staatsbürger statuiren und doch mit der romantischen Bestimmung: vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich, im reinsten Gleichklang stehen. Das bei der Meldepflicht der Landsturmpflichtigen ein Unterschied gemacht wird zwischen dem gewöhnlichen Volk und den Standespersonen, wäre am Ende noch anzuhaltend. Daß sich die Reichen anders melden dürfen als es die Armen müssen, ist noch keine so arge Verletzung der Staatsgrundgesetze, als daß zum Beispiel die Reichen wählen und die Armen nicht. Wenn die ungleiche Meldepflicht die einzige Ungleichheit wäre, die Oesterreich vor dem Gesetze die Staatsbürger scheidet, wäre Oesterreich fast ein europäischer Staat. Aber damit hat es gute Wege; diese Ungleichheit ist nur von den vielen „Oesterreichischen" das Lappische. Der „N. F. Pr.", die das Vorrecht der Geldsäcke alltäglich predigt, stand der politische Radikalismus freilich besonders gut. Es war ein wirklich billiges Vergnügen, das nur ihre Schamlosigkeit neu geoffenbart hat.

England.

Der Kongreß der Gewerksvereine trat Montag in Norwich zu seinen diesjährigen Berathungen zusammen. Angemeldet sind zu den Sitzungen bis jetzt 380 Delegirte, etwa 70 weniger als die durchschnittliche Besuchsziffer der letzten vier Jahre anweist. Diese Verminderung darf man jedoch nicht darauf zurückführen, daß das Interesse an diesen Jahresversammlungen bei den Arbeitermassen im Abnehmen begriffen ist. Der Grund für die kleinere Zahl der Delegirten liegt in einer jetzt zum ersten Mal in Kraft getretenen Abänderung der Geschäftsordnung des Kongresses, einer Aenderung, die für das Ansehen und den Einfluß des Arbeiterparlaments sehr von Nutzen war. Bislang hat jeder Gewerksverein ohne Rücksicht auf die Zahl seiner Mitglieder beliebige viele Delegirte zum Kongresse schicken dürfen, und da jeder derselben eine Stimme besaß, ist es oft genug vorgekommen, daß bei den Abstimmungen eine Anzahl Sendboten ganz unbedeutender Vereine über die Vertreter der einflussreichsten Verbände den Sieg davontrugen, und eine Mehrheit unter den Delegirten entsprach keineswegs immer einer Majorität der von ihnen vertretenen Arbeiter. Diesen Uebelstand, welcher die Beschlüsse des Kongresses eines großen Theils ihres Werthes beraubte, hofft man dadurch in etwas abzumildern, daß jeder Delegirte, um Zulassung zum Kongreß zu erhalten, für jedes Tausend Mitglieder seines Gewerksvereines 20 Schilling in die Kongreßkasse zu zahlen hat und auch für jedes Tausend eine Stimme erhält. Auf diese Weise werden die starken und maßgebenden Verbände ihren vollen Einfluß bei den Abstimmungen geltend machen können. Unter den zahlreichen Fragen, welche auf dem Kongreß zur Sprache kommen werden, befindet sich vielleicht das größte Interesse den Tillet's Anträge „in das Parlament, die städtischen Körperschaften und Gemeinderäthe Arbeitervertreter zu wählen, welche sich zu einem vollständigen kollektivistischen Programm verpflichtet haben und unabhängig von den alten politischen Parteien dastehen." — Wir wollen wünschen, daß der Antrag Tillet zur Annahme gelangt; für den Fortgang der Arbeiterbewegung in England würde derselbe von großem Vortheil sein.

Beachtete Polizei. In letzter Zeit häuften sich hiesigen Blättern — so schreibt man den „Münchener Neuesten Nachrichten" aus London — die Klagen über ein brutales und rücksichtsloses Vorgehen mancher Polizeibeamten: flugs hat sich nun ein „Verein zum Schutz des Publikums gegen die Polizei" gebildet. Seine Aufgabe besteht in dem öffentlichen Bestreben, die Polizei von Flegeln zu säubern von hitzigen und kleinlichen Kerlen, die einen ruhigen Bürger auf die kleinste Veranlassung hin „mitnehme" und dann des andern Tages beschwören, daß er besoffen war und groben Unfug verübte. Distrikts-Agenten bereits ernannt und künftig wird die Polizei der Königin unter der Aufsicht des Publikums stehen. — Was würden die Engländer erst sagen und thun, wenn ihre Polizei deutsch, besonders der sächsischen nachempfunden würde.

Griechenland.

Die übermüthige Soldateska. Eine unerhörte militärische Ausschreitung wird der „Voss. Ztg." aus Athen

et: Infolge heftiger Angriffe auf das griechische Heer wegen Ausschreitungen einzelner Offiziere am Sonntag Nachmittag die gesamten Geschäfts- ne der Zeitung „Atropolis“ von einer großen Menge Offiziere und Gemeiner in Uniform vollständig zerstört worden. Geniesoldaten zer- sumerten mit Aexten sämtliche Möbel des hölzernen Hauses. Alle Bücher der Expedition vernichtet, die Druckerei untauglich gemacht. Der Schaden wird auf 200000 Drachmen be- rechnet. Verleht wurde Niemand. Die Kasse wurde von Tumultuanten versiegelt und der Behörde übergeben. Die grobe Vergewaltigung, im Offizierverein geplant, voller Ueberlegung vorbereitet und von älteren und jüngeren Offizieren ausgeführt, erregt das peinlichste Aufsehen in der ganzen Stadt. Die Regierung erklärt, sie werde mit aller Schärfe gegen die meistentheils be- rufenen Freuler vorgehen. — Da kann's also für einige tapferen Herrn Offiziere leicht Stubenarrest absehen! Eine neue Meldung aus Athen besagt: Infolge der Ausschreitungen und Soldaten im Geschäftshause der Zeitung „Atropolis“ verübten Ausschreitungen wurde der General- kommandant von Athen bestraft; beide hatten die Genehmigung der Offiziere gebilligt. Unter den Offizieren herrscht starke Aufregung; die Regierung erklärte, sie würde die Ordnung energisch aufrecht halten.

Lübeck und Umgegend.

7. September.

Auf eine Verwechslung, durch welche sehr häufig Verständnisse und Verzögerungen entstehen, sehen wir genöthigt, an dieser Stelle hinzuweisen. Wir meinen die Verwechslung zwischen Redaktion und Expedition, und eben daher die Parteigenossen, Nachfolgendes zu be- merken. Die Expedition kann sich nur um den Veratenthail des Blattes und um die Verschickung fertigen Zeitung kümmern, während die Redaktion Herstellung des Textes des Blattes besorgt. Titeln, Nachrichten, Berichte u. s. w., die in dem Blatt sollen, sind also an die Redaktion zu senden, Anzeigen und Bestellungen dagegen an die Expedition.

Und sie kamen zusammen, hielten einen Rath ab und piffen alle in das Horn Engen Richters, die braven Typen der freimüthigen Volkspartei. Sie hielten am Mittwoch Abend im Bürgerverein eine Versammlung ab, in der das neue Programm zur Verhandlung stand. Ein Herr Kommerzienrath Scharf- felderte das Programm, und die Versammlung fand selbe so gut und vollkommen, daß sie von den Ver- besserungsvorschlägen der Gruppe Volksthat- haus nichts wissen wollte. Auch gegen den Marginal- sitzung erklärte sich die Versammlung mit „großer“ Mehrheit, wie sich die „E. Z.“ ausdrückt. Die Regelung der Arbeitszeit müsse der freien Vereinbarung der Arbeitnehmern und Arbeitgeber überlassen werden. Etwas mehr denn zweifelhafte Verhandlung wurde „anregende“ Versammlung geschlossen. Eugen Richter wird schmunzeln und sich ins Häufchen lachen, wenn er erfährt, wie wunderbar glücklich seine Sache hier in Lübeck durchgegangen ist. Er freut sich immer, wenn er Betreten in kindlicher Weise singen: Hat's gut gemacht, hat's gut gemacht, drum wird er auch nicht belacht.

Bürgerauschuss. Nicht weniger als 13 Senatsanträge lagen dem Bürgerauschuss in der am Mittwoch stattgehabten Sitzung vor. Der erste Antrag lautete auf Bewilligung von 6500 Mk. für die Erneuerung des Holzbelages der Dankwartbrücke und die Höher- setzung der Fußsteige derselben. Vom Ausschuss wird derselbe der Bürger- schaft zur Mitgenehmigung empfohlen. Antrag 2: Die Ver- zinsung von 3000 Mk. zur Wiederherstellung der eingestürzten Mauer des alten Vorkuhnhäuses in Travemünde; Antrag 3: Aufhebung der Minderleistung des Senates zu dem Beschlusse des Bürgerauschusses vom 18. Juli d. J. betr. die Zulassung einer größeren Breite für die Anbahnung des Steinradler Weges, als für die Anbahnungsfähigkeit gesetzlich vorgeschrieben; Antrag 4: Bewilligung einer Beihilfe von 2500 Mk. zur Pflasterung des „Pinter den Hüfen“ in Schlutup an die dortige Wege- kommission, und Antrag 5: Entlastung von 619,52 Mk. für die Ver- zinsung der Wasserleitung bis zu dem Grundstücke Moislinger Nr. 61 an den Kunstgärtner Frh. Rudloff werden sämtlich mit- genehmigt. Antrag 6 enthält Bestimmungen über die Stall- und Viehgebühren für die neue Viehmarkthalle und wird der Bürger- schaft zur Mitgenehmigung empfohlen. Antrag 7: die Anstellung eines zweiten Inspektors für die neue Gasanstalt mit einem Gehalt von 3200 Mk., steigend bis zu 4200 Mk., wird der Bürger- schaft zur Mitgenehmigung empfohlen. Antrag 8 betr. Verlegung des Rechnungsjahres auf den 1. April bis 31. März jedes Jahres die Anstellung eines Nachtrags-Budgets für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1895 wird zur Vorberatung an eine öffentliche Kommission verwiesen; dieselbe besteht aus Dr. Verda, Dr. Herm. Lange, Dr. Priess und Fr. Sartori; Erfahrmänner: Herm. Lange und Dr. Sommer. Antrag 9 betrifft den Austausch eines Senatsmitglieds mit der Ehefrau J. J. W. Mülls geb. Brüggemann in Lübeck, derselbe wird mitgenehmigt. Antrag 10: Gewährung einer Staatsbeihilfe von jährlich 4800 Mk. an die Actiengesellschaft „Lübeck“ auf fernere zehn Jahre wird der Bürger- schaft zur Mitgenehmigung empfohlen. Antrag 11, betr. die Nachbewilligung von 2000 Mk. zu den Kosten für diplomatische Verhandlungen und Anträge wird mitgenehmigt. Antrag 12: Die Bestimmungen über die Vermächtnisse des Kaufmannes Rudolph Dieckmann aus Lübeck werden zur Vorberatung an eine fünfgliedrige Kom- mission überwiesen; in dieselbe werden gewählt: Hermann Gehling, Dr. Schön, Dr. Gabecke und Th. Schorer; Erfahrmänner: Dr. Herm. Lange und Fr. Sartori. Antrag 13 betrifft die Verlängerung des Kaufmanns Jappe gestellten Frh. für die Fertigstellung der Straße N. a. N. (Uhlendstraße) von der Cronsförder Allee bis zur Mündung der Straße U. b. bis zum 1. April 1898. Auch dieser Antrag wird der Bürger- schaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

Öffentliche Versammlung. Vor einer gut besuchten, in den „Central-Hallen“ tagenden öffentlichen Versammlung sprach gestern abend der Genosse Bartels über „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Folgen, unter besonderer Berücksichtigung der in Lübeck aufgenommenen Statistik.“ Derselbe führt ungefähr Fol-

gendes aus: „Eine sehr wichtige Tagesordnung ist es, die wir heute Abend hier besprechen wollen. Die Arbeitslosigkeit, wie wir sie augenblicklich haben, ist nicht bloß hier bei uns in Lübeck, sondern in allen modernen Industriestaaten der Welt vorhanden. Arbeits- los! nennt man das vergebliche Bemühen, das erfolglose Suchen nach gewinnbringender Beschäftigung. Seitdem die Maschine erfunden und in den Dienst der Menschheit gestellt ist, ist die robuste Männerkraft überflüssig geworden, Frauen und Kinder haben dem Mann von seinem Arbeitsplatz verdrängt, soweit es nicht durch die Maschine selbst geschieht. Die Maschine, in Verbindung mit dem sich immer mehr ausbildenden Kapital war es, welche die heutigen Krisen geschaffen hat. Charakteristisch ist, daß es heute noch viele Arbeiter giebt, welche in dem Wahne leben, daß diese Krisen noch einmal besseren Zeiten Platz machen werden, das ist aber nicht der Fall. Die Krisen sind chronischer Natur und werden immer größere Kreise erfassen, immer mehr Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen, und so lange sich nicht die Arbeiter selbst aufrufen und für Beseitigung eintreten, wird man dieselben nicht aus der Welt schaffen können. Als die Maschine noch nicht eingeführt war, war die Arbeit mehr eine persönliche; der Arbeiter hatte mehr Aussicht auf einen ent- sprechenden Antheil an dem Produkt, welches er geschaffen. In den Kunstbestimmungen war jedem Meister der Stundenlohn vor- geschrieben. Er durfte nur eine bestimmte Zahl Gesellen und Lehrlinge halten, und nicht mehr produzieren als verbraucht wurde. Heute haben wir die anarchische Produktionsweise. Seitdem der Kapitalismus angefangen hat, sich auszubreiten, seitdem durch ihn die Frauen und Kinder mit in die Produktion hineingezogen wurden, existirt die industrielle Reservearmee. Daß die Letztere immer größer und die Arbeitslosigkeit immer mehr an sich greifen wird, beweisen die Verhältnisse. Jede neue Maschine wirkt unzählige Arbeiter auf die Straße und täglich werden fast neue Maschinen erfunden. Theodor Hertha, ein österreichischer Nationalökonom, hat ausgerechnet, daß zur Herstellung der Nahrungs-Bedürfnisse der österreichischen Nation 650 000 Arbeiter genügen; die Luxusgegen- stände hinzugerechnet, sind bei rationeller Ausnutzung der Maschinen, 690 000 Arbeiter im Stande, die Bedürfnisse der Nation zu befriedigen. Und bei alledem sehen wir in den heute maß- gebenden Kreisen nicht das Bestreben, die Produktion einzukürzen, zu regeln. Man sollte glauben, daß bei der Erhöhung der Produktion auch die Consumption steigen müßte; das ist aber nicht der Fall. Deutschlands Industrie hatte früher Absatzgebiete in Amerika, Rußland, China, Japan und Ostindien. Amerika produ- zirt heute mehr, wie es selbst verbraucht, und in all den übrigen Staaten beginnt die Industrie sich mehr und mehr zu entwickeln. Dadurch werden auch diese Absatzgebiete allmählich entzogen. Aber gerade diese Ueberproduktion ist es, welche dem Kapitalismus den Tod bringt. Bedauern muß man es, daß noch eine so große Zahl von Arbeitern diesen Zuständen so gleichgültig gegenübersehen und nicht Hand mit anlegen wollen, dieselben zu verbessern. Die ge- legentlichen Körperlichkeiten werden keinen Finger führen für die Besserung der Verhältnisse. Die Mehrzahl derer, die da an den grünen Tischen sitzen, haben auch alle Urlande. Sie diese Reserve- armee zu erhalten; sie müssen sie haben, damit dieselben jeden Augenblick den um ihre Erbsen, Kugeln in den Händen fallen können. Wir aber, wir Alle sollten uns vergegenwärtigen, daß, ebenso wie heute über den Kleinhandwerker, Kleinhändler oder Kleinbauern das Damoklesschwert des Bankrottes hängt, über uns und uns stets das Geistes- und Arbeitslosigkeit schwebt. Für den Unternehmer ist die Parole: kein Produkt so billig wie möglich herzustellen, um seinen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, und der Arbeiter ist es, welcher die Folgen dieses Kampfes tragen muß. Diese Zustände erheben es, daß der Arbeiter oft zum Seelenverkäufer seiner eigenen Familienmitglieder werden muß. Gerade die überaus lange Arbeitszeit auf der einen Seite — Referent erinnert an die Arbeiter in der Mühlenbranche, die oft 16 bis 18 Stunden und länger arbeiten müssen, — ist es, welche auf der andern Seite die Arbeitslosigkeit schafft. Wenn wir uns vergegen- wärtigen wollen, welche traurige Folgen die Arbeitslosigkeit hat, so brauchen wir uns nur anzusehen, wie viele gezwungen sind, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen, welche Folgen dies hat, das wissen die Arbeiter nur zu gut. Sie werden politisch entwürdigt und ihres höchsten Rechtes, des Wahlrechtes, beraubt. Wenn uns heute unsere Gegner über den Futurismus interpellieren, so haben sie dazu nicht eher ein Recht, als bis sie uns den Beweis geliefert haben, daß der Gegenwartsstaat im Stande ist, zu existieren. Und so lange er nicht allen seinen Mitgliedern eine Existenzmöglichkeit zu bieten im Stande ist, so lange hat er kein Recht zu existieren! Das ist es eben, was uns noch zurückhält; daß eine so große Masse von Arbeitern uns noch gleichgültig gegenübersteht. Sie erkennen noch nicht, daß nur die Sozialdemokratie es ist, welche den ersten Willen hat, die Verhältnisse zu bessern. Selbst Fürst Bismarck sagte einst im Reichstage, wenn wir keine Sozial- demokratie hätten, dann hätten wir auch keine Sozialreform. Und wie sieht denn unsere Sozialreform aus? Das Arbeiter- Schutzes, welches uns der Reichstag fabrizirt hat, sieht einem Ausbeuter schutzes viel ähnlicher. Unsere Bourgeois, unsere Kapitalisten sind, wenn es sich um solche Gesetze handelt, immer etwas schwerhörig. Welche Zustände durch die Arbeitslosigkeit ge- schaffen werden, sehen wir am besten daran, wie die Vettelei zunimmt. Hierüber geben uns die Kriminalstatistiken den besten Aus- weis. Referent verweist auf das Großherzogthum Baden. Hier wurden im Januar 1892 7232 Personen wegen Vettelei bestraft. Welches Uebel, welche Noth liegt nicht in diesen Zahlen. Im Monat September, wo die Einteilung im vollen Gange war und hier viele dieser Armen Beschäftigung fanden, betrug die Zahl der Bestraften nur 3546. Im Dezember stieg sie schon wieder auf 5300. Das sind Zahlen, die den Beweis bringen, daß die heutige Gesellschaft nicht mehr fähig ist zu existieren. Diese Zustände aber, sie müssen beseitigt werden, und so machen sie denn den „freien“ Arbeitern Konkurrenz. Die Gesangsleute produzieren billiger, wie die größten Fabriken und das weiß der Kapitalist zu witzigen. Wir sehen ferner, wie Frauen und Kinder dem Manne Konkurrenz machen, weil sie billiger und gefügiger sind. Wenn die Gegner der Sozialdemokratie heute noch in scholler Weise behaupten, daß diese die Ehe vernichtet, so können wir wieder gerade den Beweis des Gegentheiles liefern. Deshalb müssen wir unsere ganze Kraft ein- setzen, um dieses System zu ändern. Doch um zu unserer Statistik. Nicht nur hier in Lübeck, sondern überall herrscht eine so große Arbeitslosigkeit, und mancher wird mit Bangen dem kommenden Winter entgegensehen. Aber gerade diese Arbeitslosigkeit wird dafür sorgen, daß sich die Sozialdemokratie immer mehr ausbreitet. Mag man uns neue Ausnahme-Gesetze schaffen, mögen die bürger- lichen Parteien wie so sehr nach Ausnahme-Gelegenheiten und so weiter schreien, wie fruchten uns nicht. Die Ausnahme-Gesetze, gleichen einem Stabe, welcher auf beiden Enden spitz ist, und die- jenigen, welche sich darauf stützen wollen, stehen sich damit Leiden muß zugeben werden, daß noch eine große Zahl von Arbeitern diesen statistischen Aufnahmen unsympathisch gegenübersteht; obwohl gerade diese Erhebungen von ungeheurem Werth sind. Im Jahre 1893 habe man in Bremen und Hamburg verlangt, daß solche Statistiken aufgenommen würden. Es sei das aber von den maßgebenden Körperlichkeiten abgelehnt worden, weil es eine Ver- lässigung des Publikums sei. Wenn bei Schießübungen von Militärbehörden verlangt wird, ganze Hölzer und Böcher für be- stimmte Zeit zu räumen, so ist das keine Belästigung. Bei unserer Statistik ist noch in Erwägung zu ziehen, daß dieselbe in einer Zeit aufgenommen wurde, wo eigentlich jeder Arbeit haben sollte. Referent geht dann des Näheren auch auf die von uns gebrachte Statistik über und fährt dann fort: Diese Zahlen beweisen, daß hier in Lübeck die Arbeitslosigkeit noch größer werden wird. Es ist endlich einmal an der Zeit, daß wir an die Behörde heran-

treten und Arbeit fordern. Warum begnügt man nicht mit dem Elbe-Trove-Kanal? Will man etwa so lange warten, bis der Nord-Ostsee-Kanal fertig ist? Soll es ebenso gehen, wie bei der Abtragung des Chimborasso? Während damals die Arbeiter mühsig umher standen und ihre Familien hungerten, stellten Polen und Italiener die Arbeit fertig. Wenn auch unter den heutigen Verhältnissen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht ganz möglich ist, so ist es doch möglich, sie zu mildern. Man mag Dringlichkeitsarbeiten vornehmen. Hier in Lübeck sind ja Arbeiten vorhanden, die in Angriff genommen werden können. Wir dürfen aber unsere ferneren Ziele nie die nahe liegenden aus dem Auge lassen. Wir wollen nicht mit dieser Gesellschaft untergehen. Wir müssen stets dessen eingedenk sein, was Bebel sagte, daß gerade die schlechtesten Arbeiter am schwersten heranzuziehen sind. Daher muß jeder von uns in diesem Sinne wirken. Daß heute in Deutschland erst zwei Millionen Arbeiter erkannt haben, daß sie selbst es sind, die Abhilfe schaffen müssen, ist gerade kein gutes Zeichen. Wenn wir aber alle in diesem Sinne wirken, dann wird auch in absehbarer Zeit für jeden eine Existenzmöglichkeit geschaffen werden. Wir müssen versuchen, die Befreiung in unsere Hände zu bekommen. Mögen die herr- schenden Parteien auch Mittel und Wege genug erfinden, uns zu unterdrücken. Wir sind eine Partei, welche in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, und deshalb sind wir nicht zu unter- drücken. Wenn wir auch selbst vielleicht die bessere Zeit nicht mehr erleben, dann können wir wenigstens mit dem Bewußtsein die Augen schließen, für unsere Nachkommen die Wege geebnet zu haben. Reicher Weisfall belohnte den Heber für seine Ausführungen. Nachdem noch die Genossen Schwarz, Friedrich, Karl Meyer und Feuch in demselben Sinne wie Bartels gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung beauftragt das Bureau, dem Senate der hiesigen Stadt folgende Resolution zu unterbreiten: In Erwägung, daß die Arbeitslosigkeit am Orte immer größeren Umfang annimmt, in weiterer Erwägung, daß hier in Lübeck dringende Arbeiten vorliegen, die der Ausführung harren, erucht die heute Abend in den Central-Hallen zahlreich versammelte Arbeiterchaft Lübeck's einen hohen Senat, die Arbeiten schleunigst in Angriff nehmen zu lassen.

Nachdem noch Genosse Bartels im Schlusswort die Genossen zum energischen Eintritt in den Kampf für die gute Sache auf- gefordert hat, wird die Versammlung nach einem auf die internationale Sozialdemokratie ausgebrachten Hoch vom Vor- sitzenden, Genossen Pape, geschlossen.

Gerichtssaal. Sitzung vom 6. September. Zunächst hatte sich der Gerichtshof mit der Berufungs- klage des Arbeiters H. zu beschäftigen. Derselbe war vom Schöffengericht mit 14 Tagen Haft und Ueber- weisung an die Landespolizeibehörde bestraft, weil er unterlassen hatte, für seine Familie zu sorgen. H. be- hauptet zwar, seiner Pflicht als Familienvater Genüge geleistet zu haben, wird jedoch durch die nochmalige Beweisannahme eines anderen überführt. Auf Antrag des Staatsanwalts wird die Berufung verworfen. — Wegen der gleichen Anklage sitzt der Arbeiter N. auf der Anklagebank. Er war vom Schöffengericht mit vier Wochen Gefängnis und Ueberweisung an die Landes- polizeibehörde bestraft. Auch er wollte den Gegenbeweis erbringen; derselbe mißglückte jedoch, da ihn die Aus- sagen seiner Frau zu sehr belasteten. Das Gericht verurtheilt daher die Berufung und bestätigt lediglich das Urtheil des Schöffengerichts. — Wegen Bettelns wurden der Schmied S. vom Schöffengericht zu 6 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt. Wegen die Ueberweisung hat er Berufung eingelegt; die- selbe wird jedoch von Seiten des Gerichtshofes in An- betracht der vielen Vorstrafen des Angeklagten verworfen. Das gleiche Schicksal erfahren die aus demselben Grunde eingelegten Berufungen des Arbeiters F. und des Kuh- knechtes, früheren Kaufmannes B.

Wüstrow. Revolvergeschüsse auf Streikende. Wir theilten kürzlich mit, daß die Direktion der Waggon- fabrik bewaffnete Banden (mit Schlagringen versehen) angestellt habe, die nach dem Bahnhof beordert werden, um die ankommenden Streikfreier abzuholen. Die Pinkertons scheinen nun auch ihre Hauptlinge zu haben; Es wird nämlich mitgetheilt, daß Dienstag Abend von einem Beamten der Fabrik zwei Revolvergeschüsse auf eine Anzahl Streikende abgefeuert wurde, wobei ein Mann verwundet wurde. Die Direktion lehnt nach wie vor jede Einigung ab. Das großherzogliche Ministerium ent- sandte als Regierungskommissar den Freiherrn v. Hammer- stein, um die Ursachen des Streiks zu untersuchen und zwischen den Parteien zu vermitteln. Auch diese Ver- suche blieben resultatlos, da die Unternehmer die Ein- stellung der Entlassenen ablehnen.

Briefkasten.

Nach Schwartau. In der uns überlieferten Form durchaus nicht verwendbar.

Sternhans-Biehmarkt.

Hamburg, 6. September.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1100 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verantwortschweine schwere 53—55 Mk., leichte 53—55 Mk., Saunen 39—50 Mk. und Ferkel 52—64 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelkommen:

Donnerstag, den 6. September.
10,20 U. B. D. Burg, Johannsen, von Königsberg in 48 Std.
5.— U. B. Sarah, Sagulin, von Rabin in 20 Tg.
6,40 U. B. Lady, Lindholm, von Ritea in 20 Tg.
9,30 U. B. Anna Christine, Hagelstein, von Neustadt in 12 Std. Freitag, den 7. September.
4,20 U. B. D. Lübeck, Gultman, von Kopenhagen in 12 Std.
7.— U. B. D. Svithio, Blomberg, von Kalmars in 23 Std.
8.— U. B. D. Dbin, Holm, von Rönne in 4 Tg.
8,15 U. B. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.

Abgegangen:

Donnerstag, den 6. September.
10,25 U. B. Bertha, Borgwaldt, nach Danzig.
12,40 U. B. D. Fehmarn, Ehrer, nach Neustadt.
1,10 U. B. D. Astor, Eström, nach Königsberg.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vm.: 6,58 w. W., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Nautika ist am 5. Sept. von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Frey ist am 5. Sept. von Ubo auf hier abgegangen.
D. Dora ist am 5. Sept. von Neufahrwasser nach Memel abgeg.
D. Alpha ist am 6. Sept. von Christiania in Düssel angekommen.

Den Eingang sämtlicher Neuheiten

zur bevorstehenden Winterfaison

zeige ich den geehrten Damen hierdurch ergebenst an.

Holstenstraße 40

Vom Bahnhof erster Laden links.

D. WAGNER.

Holstenstraße 40

Vom Bahnhof erster Laden links.

Grösste Auswahl

Garnirten und ungarirten Damen- u. Kinderhüten

sowie Babykappchen, Mützen, Bänder, Federn, Schleier

und alle im Putz- und Modeschach vorkommenden Artikel und empfehle ich meinen werthen Kundinnen mein stets reich sortirtes Lager

zu bekannt billigen Preisen.

Ältere Hüte sowie Garnituren werden in meinem Putz-Atelier unentgeltlich aufgearbeitet.

Strengste Reellität.

Durch Ersparung hoher Geschäftskosten billiger als jede Konkurrenz.

Umtausch gestattet.

Holstenstrasse 40. **D. Wagner.** Holstenstrasse 40.

Maler-Farben, trocken und streichfertig, Oel, Lacke, Pinsel etc.
Ferd. Kayser,
Breitestraße 81, vis-à-vis Markt und Rathhaus.

Arbeiter-Garderobe.

Arbeiter-Anzüge in Casinet und Zwirn von Mk. 4.50, 5, 6, 7 an.
Arbeiter-Anzüge in Halbwolle u. Doppelzwirn von Mk. 7, 9, 11, 12 an.
Echte Hamburger Leder-Anzüge v. Mk. 11, 12, 15, 16 an.
Echte Hamburger Leder-Hosen 3 Draht von Mk. 4.50, 5.40, 7.20, 8 an.
Prima deutsche Lederhosen von Mk. 2.50, 2.90, 3.50, 5.50 an.
Cassinet- und Zwirn-Hosen von Mk. 1.50, 2.20, 2.90, 3.25 an.
Leder-Hosen, gestreift, v. Mk. 3.40, 3.80, 4 an.
Toppfen in Zwirn u. Pilot v. Mk. 3.50, 4, 4.40 an.

Gebr. Handsburger

Herren- u. Knaben-Garderoben
Holstenstraße 10.

Jeden Sonntag Morgen
frischen Schweinebraten
(Speckbraten)

Aug. Scheere,
Holstenstraße.

Probehefte und Prospekte
durch alle Buchhandlungen.

Sehen erscheint
in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und
in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.

MEYERS

Fünfte,
neubearbeitete u. vermehrte Auflage.

KONVERSATIONS

17,500 Seiten Text,
10,000 Abbildungen, Karten
und Pläne

LEXIKON

152 Chromotafeln
und über
950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

Verlag des
Bibliographischen Institute
in Leipzig u. Wien.

Bestellungen auf Meyer's Konversations-
Lexikon nimmt jederzeit zu bequemen Bezugs-
bedingungen an die Buchhandlung von

Fr. Meyer & Co., Lübeck,
Gr. Altestraße 35/37.

**Cravatten, Wäsche, Handschuhe,
Schirme, Spazierstöcke, Hosenträger u. s. w.**

kauft man am billigsten bei

Robert Bendfeldt, Holstenstraße 6.

Täglich frische
Pa. Bierwürste

Jeden Sonnabend Abend
frische pa. Knackwürste

Fr. Piehl,

Holstenstraße 36.

J. Wulff, Bedergrube 93.

Ausverkauf von
ff. Adler-Bier,
1/2 Str.-Krüge
15 Pfennig.

Borzügliche Weine und Getränke.
ff. Lib. Doppel-Kümmel, à Flasche 60 Pf.,
ff. Kümmel, à Flasche 45 Pf.,
Rum und Cognac zu billigsten Preisen.

Prima harte geräucherte
Mettwurst

(Winterwaare)

empfehlst
Carl Schröder,
obere Hügelstraße 6.

Prima russ. Kernseife

à Pfund 25 Pf., 2 Pfd. 45 Pf.,
empfehlst

Carl Koop, Mariesgrube 46.

Gute geräucherte Mettwurst
das Pfund 70 u. 90 Pf.

empfehlst **Aug. Scheere,**
Holstenstraße 27.

Bratenjmalz, à Pfund 40 Pf.,
empfehlst **Hans Schlie,** Mühlen-
straße 20

Ia. schwedische Kronsbeeren,
täglich frisch.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Pa. dicke Flohmen
und pa. reines Flohmenschmalz

empfehlst
Fr. Piehl, Holstenstr. 36.

Stellen-Angebote und Gesuche.

Ein Uhrmachergehülfe
erhält sogleich Stellung bei **Johs. Probst,**
Uhrmacher, Hinter der Burg 5/7.

Gesucht sofort ein Laufbursche
in Wochenlohn. Westphal, Watenhauer 124.

Vermiethungen und Mieth-Gesuche.

Zum 1. Oktbr. mehrere Wohnungen z. Pr.
von 180 Mk. u. 190 Mk. Schwartzauer Allee und
Wilhelmshöhe. Näh. Schwartzauer Allee 82 b.

Zu verm. eine kl. Wohnung.
Preis 140 Mk. Sedanstraße 8.

Zu sogleich oder später eine kl. Wohnung
zu vermieten. Näheres Stavenstraße 25.

Ein unmöblirtes Zimmer
zu vermieten. St. Annenstraße 14/3.

Zu vermieten ein Zimmer nebst Kammer zu
sogleich oder zum 1. Oktober, jährl. Miete 60 Mk.
St. Vogelsang 1 a.

Ein möblirtes Zimmer zu vermieten.
Mischeide 15.

Ein gutes Logis zu verm.
Dornstraße 13.

Vermischtes.

Rud. Spiegel,

Bapp- u. Schieferdecker,
31 Krähenstraße 34,
empfehlst sich zu allen in seinem Fache vorkom-
menden Arbeiten.

Mis Schneiderin

empfehlst sich in und außer dem Hause
Bertha Petersen, Karpfenstr. 16.

Ernte-Fest

bei **F. Muuss in Israelsdorf**
am Sonntag den 9. September 1894.

Entree frei. Beginn des Tanzes Nachm. 4 Uhr. Entree
Alle Freunde, Bekannte und Gönner lade zu recht zahlreichem Besuche freundlich
ein, gute Bewirthung zusichernd. Achtungsvoll

F. Muuss in Israelsdorf

Zum Polstern und Tapezieren
J. Diercks, Tapezier, Baustr. 8, Wg.

Eine Frau empf. sich zum Nachtw.
Näheres zu erfragen bei **D. Heitmar**
Schwiebestraße

Unter alte emaillirte Töpfe, Eimer,
Wäden gefest. Tessel etc. werden neue em-
Altestraße

Frau Helms, Hebamm
wohnt jetzt Schulstraße 11.

Gefunden ein goldener Trauer
Gegen Insektionsgebühr abzuholen bei
H. Behnek, Mittelstr. 30 a, St. Vor

„Der Wahre Jacob“
Nr. 212

erscheint
Sonntag, den 8. Sept.
und ist in unserer Expedition
große Altestraße 35/37
zu haben.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeig

Wilhelm-Theater

Sonntag den 8. September:
Letzte Vorstellung zu halben Pre-
Liane, die zweite Frau
Charakterbild in 5 Akten.
Anfang 7 Uhr.

Club „Fidelitas“

Tanzfränzchen
am Sonntag den 9. September 1894
im Concordia-Garten
Anfang 6 Uhr. Einführung gestat-
Der Vorstand.

„Zum rothen Löwe“

Sonntag den 9. September
Erntebier
Hierzu ladet freundlichst ein
C. Stage

Die Arbeiter und das Eigenthum.

Wohl das größte Verbrechen, das der gesinnungsrichtige Spießbürger der Sozialdemokratie vorwerfen kann, ist die geplante Beseitigung des Privateigenthums, h. so wie er sie sich vorstellt, denn daß die Sozialdemokratie bloß das Privateigenthum an den Produktionsmitteln, als da sind: Grund und Boden, Bergwerke, Bräuen, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel, beitzigen will, das weiß er nicht, und wenn man ihm's sagt, begreift er's nicht. Nach seiner Anschauung gilt der Krieg dem Eigenthum schlechthin, ohne jede Einschränkung, und er hängt doch so sehr an dem geliebten Eigenthum. Vaterland, Monarchie, Religion, Ehe würde zur Noth noch fahren lassen, aber das heilige Eigenthum nicht; es ist ihm das Allerheiligste, was es auf Gottes Erdboden giebt. Um dieses Kleinod zu schützen, ist ihm kein Mittel zu abenteuerlich. Er weist eventuell nach, daß das Eigenthum seiner gegenwärtigen Gestalt schon vor Adam und Eva existierte; er ruft Himmel und Hölle als Zeugen an, daß die dermaligen Eigenthumsverhältnisse eine von Gott gewollte und darum höchst vorzuziehende Institution seien und er prophezeit den unfehlbaren Weltuntergang, wenn das heutige Privateigenthum durch den Kommunismus abgelöst wird. Keine Farbe hat ihm zu düster, um das Unheil zu malen, das der Kommunismus mit sich bringt, keine Farbe ist ihm zu hell genug, um damit das heilige Privateigenthum zu erklären.

Wie aber, wenn es nun Leute gäbe, die gar kein Eigenthum besitzen?

Wah -- bange machen gilt nicht! Solche Leute giebt gar nicht -- wenigstens kann sich der Spießbürger keine solchen Leute vorstellen. Jeder hat Eigenthum! Auch der ärmste Arbeiter. Hat nicht Jeder wenigstens Hemd und Hose? Haben nicht die meisten noch einen Rock und ein Paar Stiefeln dazu? Gibt es nicht sogenannte "Arbeiterinnen", die es sogar bis zu einer Nähmaschine gebracht haben, und sind nicht viele dienstbare Leute durch Erwerbung eines Sparkassenbuchs selbst in die Klasse der Kapitalisten aufgerückt? Gewiß, gewiß! Auf unserm nordischen Klima laufen sogar unsere ärmsten Leute noch nicht in den paradiesischen Kostümen der "schwarzen Brüder" herum, und Nähmaschine und Sparkassenbuch haben zu Wahlzeiten schon mehr als einmal eine weltbewegende Rolle gespielt. Und alle diese Vortheile will die eigenthumschänderische Sozialdemokratie konfiszieren, als ob es Mittergüter oder Staatspapiere wären, und nackt und bloß, wie er auf die Welt kam, muß der Mensch im Zukunftsstaate einherwandeln. Welche letzte Konsequenz haben die Gegner zwar noch nicht gezogen, aber es wird schon noch kommen. Eugen Richter hat mit seinen "Zukunftsbildern" wenigstens einen recht überzeugenden Anfang gemacht.

Wem muß da nicht eine kapitalistische Wäsche über die Rücken laufen, wenn er sich diese Folgen vergegenwärtigt! Darum schnell zurück in den Schoß des alleinigmachenden Kapitalismus, auf daß uns dieses Aergste part bleibe!

Aber -- Spaß bei Seite -- ist es denn wirklich so schlimm, daß man dem Arbeiter seinen letzten Rock nimmt? Thut es nicht der Gerichtsvollzieher, so thut es

der Pfandleiher. Was hat dann der Arbeiter für Eigenthum? Schauen wir uns doch einmal um in seiner Behausung. Ein armläßiges Möblement, das aus Tisch, Stuhl und Schrank und ein paar alten Betten besteht, eine nothdürftige Kleidung, ein paar Tiegel und Töpfe, eine Uhr und günstigen Falls einige Bücher -- das ist sein "Eigenthum", das verkörpert ihm den Segen der kapitalistischen Weltordnung. -- Und dabei nehmen wir noch an, daß weder Abzahlungsbarack noch Hauswirth, weder Schuster noch Schneider oder sonstwelcher Gläubiger Anrechte auf dieses Eigenthum haben. Wir malen also noch sehr rosig.

Der Mann aber, in dem der Arbeiter wohnt, der Herd, auf dem sein Weib kocht, ist schon nicht mehr sein Eigenthum, sondern gehört dem Hauswirth, und das Recht der Benutzung muß erst durch Geld erworben werden. Tritt der Arbeiter auf die Straße, so benützt er städtisches oder staatliches Eigenthum; geht er in Wald und Feld spazieren, so wandelt sein Fuß auf Pfaden, die nicht ihm gehören; will er in einem Wirthshaus ein Glas Bier trinken, so betritt er den Raum eines Fremden, er setzt sich auf einen Stuhl, der das Eigenthum eines Andern ist, und sogar das Glas, aus dem er trinkt, ist nicht sein eigenes. Will er baden oder in ein Konzert gehen, oder ein Theater besuchen, oder sich an einer Versammlung betheiligen, immer muß er das Eigenthum eines Andern benutzen. Schickt er sein Kind zur Schule, oder will er als Christ in der Kirche seine Andacht verrichten, oder will er Steuern auf's Rathhaus bringen, in jedem Falle muß er Männen betreten, die einer Gesamtheit, aber nicht ihm persönlich gehören. Und wird er gar Soldat, oder Arbeitshäusler, so muß er nicht nur auf seine eigene Nahrung, Kleidung und Wohnung, sondern auch auf seinen eigenen Willen und damit auf seine eigene Persönlichkeit verzichten. Die Fabrik, in der der Arbeiter schaffet, ist fremdes Gut; die Eisenbahn, die Pferdebahn, das Schiff, mit denen er Sonntags ins Freie fährt, sie gehören einer Gesellschaft oder dem Staat, aber nicht ihm; wird er krank, so nimmt ihn ein städtisches Krankenhaus auf, und stirbt er endlich, so wird ihm auf dem Gemeindefriedhof eine letzte Ruhestätte bereitet. Der Arbeiter mag thun und lassen, was er will -- es vollzieht sich Alles auf und in und mit fremden Eigenthum. Sogar die wenigen schätzbaren Reste, die ihm die kapitalistische Weltordnung läßt und die wir oben aufgezählt haben, können ihm genommen werden.

Welches Interesse hat also der Arbeiter an der Erhaltung der gegenwärtigen Eigenthumsverhältnisse? Gar keines. Schlechter kann es für ihn in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf keinen Fall werden. Selbst die Klagen unserer Gegner einmal als wahr angenommen, daß die Sozialdemokratie das Privateigenthum in jeder Form beseitigen und selbst vor Hosen, Hemden, Stiefeln und Mäcken nicht halt machen wolle -- was schadet es dem Arbeiter, wenn er in Zukunft auch an Möbeln und Kleidungsstücken nur das Benutzungsrecht hätte, da er doch schon für heute für alle anderen Dinge nur ein Recht zur Mitbenutzung hat, und noch dazu ein sehr zweifelhaftes. Naht ließe man ihn in einem solchen Zukunftsstaate a la Eugen Richter nicht laufen, und verhungern ließe man ihn auch nicht, während im Gegentwärt-

staat das Hungern und Verhungern durchaus nichts Seltenes ist. Aber solche Thorheiten will ja die Sozialdemokratie auch gar nicht.

Werfen wir einen Blick auf den Gegentwärtstaat. Wer hat denn heute ein Recht an den Gütern dieser Welt, die das Leben erst lebenswerth machen? Nicht derjenige, der sie durch seine Arbeit erzeugt, sondern derjenige der Geld hat, und das ist der Arbeiter leider nicht, sondern der Kapitalist. Zwar besitzt auch der reichste Kapitalist nur einen geringen Bruchtheil des privaten Eigenthums, auch er muß das Eigenthum von Staat, Gemeinde und Privaten in zahllosen Fällen in Anspruch nehmen ebenso gut wie der Arbeiter, aber sein Geld öffnet ihm überall die Pforten, die Andern, weil sie arm sind, verschlossen sind. Weil die Produktionsmittel in den Händen des Kapitals sind, kann der Kapitalist Reichthümer anhäufen, indem er andere für sich arbeiten läßt. Er kauft die Arbeitskraft des Arbeiters und bezahlt ihm dafür gerade nur so viel, daß er bei größter Sparsamkeit nothdürftig davon leben kann. Von jedem Arbeiter zieht er Gewinn, und je größer die Zahl seiner Arbeiter ist, desto größer ist sein Gewinn, und weil von einem Menschen, der viel Geld hat, andere auch wieder gewinnen können, deshalb ist er von allen umschmeichelt, deshalb geht man auf seine Wünsche bereitwillig ein und sucht sie nach Kräften zu befriedigen. Mag er auch fremd sein -- er ist ein willkommener Gast, denn er hat Geld. Der Arbeiter aber, der feins hat, denn er ist als Konsumment nur geschätzt, wenn er in Massen auftritt, weil am einzelnen wenig zu verdienen ist. Wenn er aber für seine Arbeitskraft keinen Käufer findet, oder wenn seine Arbeitskraft zerrüttet ist, dann kann er sich überhaupt begraben lassen, dann hat er nicht einmal das zum Leben Nothwendigste und seine Werthschätzung als Mensch leidet so bedenklich, daß man ihm sogar seine politischen Rechte entzieht. Der Armenhäusler hat keine Rechte mehr.

Die Sozialdemokratie will durch eine vernünftige Gesellschaftsordnung den ungerechten Zustand, wo der Eine sehr viel und der Andere gar nichts zu thun hat, beseitigen. Sie will die Produktionsmittel, mit deren Hilfe Werthe erzeugt und Reichthümer geschaffen werden, aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesamtheit überführen, denn allein der Privatbesitz an den Produktionsmitteln erzeugt die sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Wird die Möglichkeit, die Arbeitskraft des Menschen im Interesse eines einzelnen auszubeuten, abgeschritten, so ist jeder einzelne auf die Rußbarmachung seiner eigenen Arbeitskraft angewiesen. Dazu giebt ihm die Gesamtheit, als die alleinige Besitzerin aller Produktionsmittel, die einzige Gelegenheit. Wer nicht verhungern will, muß seine Arbeitskraft in den Dienst der Gesellschaft stellen, und die Gesellschaft gewährt ihm dafür die Befriedigung seiner Bedürfnisse, soweit dies das Allgemein-Interesse zuläßt. Es wird Niemand mehr Reichthümer anhäufen können, es wird aber auch Niemand mehr zu darben brauchen, weder leiblich noch geistig, denn auch für die Entfaltung der geistigen Kräfte, die dem Arbeiter unter den heutigen Umständen fast unmöglich ist, wird in Zukunft freier Spielraum vorhanden sein.

Daß ein solcher Zustand gerecht ist, das ist zweifellos, und die Arbeiter sehen dies auch mehr und mehr ein. Die Besitzenden freilich suchen beim Arbeiter diese

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreyer.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das Schrecklichste für Timpe war, daß er nicht schlafen konnte. Des Abends kam ihm das Haus öde wie eine Leiche vor, so daß ihn ein förmliches Grauen überkam, an die Stunde des Niederlegens herauzurückte. Trat die Dämmerung ein, so fürchtete er sich die beiden großen Schlafzimmer zu betreten. Jedes Stück Möbel, der kleinste Gegenstand erinnerte ihn an sein verstorbenes Weib. Er trug daher das Bett in seine Arbeitsstube bringen und schlief dem Lehrling von nun an in der Werkstätt zu.

Schon am Tage nach der Beerdigung begannen die Klagen in der Nachbarschaft ihre Arbeit. Die ungeliebtesten Geschichten kamen dabei zum Vorschein, so daß es sich um das Verhältniß des Meisters zu seinem Weibe handelte. Bei Janrath drehte die Debatte sich bald für Abend um diesen Punkt. Man fand es unannehmlich, daß Timpe den vermögenden Mann hervorzuheben wagte, da man von seinem Ruine bereits überzeugt war.

"Ihm geschieht ganz Recht; weshalb prahlt er mit den Klagen, ohne sie im Saal zu haben," ließ Deppler sich hören. Herr Brümmer aber, der sich ärgerte, seinerseits auf der Straße Timpe die Ehrfurcht vor einem Lehrling und Hausbesitzer entgegengebracht zu haben, brach in Schweigsamkeit und sagte im salbungsvollen Tone: "Gegen die großen Fabriken und die Maschinen ist, ist auch gegen den Geist des Fortschritts. Wissen Sie noch, wie er an jenem Abend so tapfer dagegen los-

donnerte? Ich wollte nur nichts erwidern. . . Weshalb auch? Er hätte mich doch nicht verstanden. . . derartige Leute aufzuklären, ist nicht leicht. Er hätte schließlich von mir profitirt und mich obendrein ausgelacht."

Nur der Schornsteinfegermeister nahm des Meisters Partei. Und als Nölte, der wie gewöhnlich von einem Spieltisch zum andern ging und in die Karten guckte, die unliebhamen Klagen vernahm, mißachte auch er sich in's Gespräch und gerieth so in Hitze, daß das Wortgedächtniß schließlich einen bedrohlichen Charakter annahm. Das that er Abend für Abend, sobald man versuchte, Johannes etwas anzuhängen.

"Sie sind gerade gut genug, Timpe die Schuhschuüre zu lösen," schrie er wüthend gemacht bei einer solchen Gelegenheit Brümmer in's Gesicht. "Man könnte den Fortschritt der Zeit segnen, wenn er Sie einmal auf Nimmerwiedersehen mitführte. Ich glaube, es wird Ihnen Niemand nachlaufen."

Das war zu viel. Einige am Tisch lachten, was den Zorn des Meisters nur noch steigerte. Er wurde blaß und zuckte mit den Lippen, ohne zuerst etwas erwidern zu können; dann erhob er sich, rief nach Fritz, dem Kellner und betheuerte, niemals mehr das Lokal zu betreten, wenn ihm nicht Genugthuung zu Theil würde. Desto mehr sprach Deppler für ihn. Das Lob Timpe's hatte den Schirmhändler derartig mißgestimmt, daß er mit unschönen Worten über den Klempner herfiel und dann ebenfalls erklärte, zum letzten Male an diesem Abend den Stuhl hier gedrückt zu haben. Da Nölte durchaus nicht den Mund hielt und seinem Herzen ganz gehörig Luft machte, so wurde der Skandal immer ärger. Als Janrath sah, daß alles Schlichtens nichts helfe, so erzwang er rasch seine Vortheile und erfuhrte den Meister, das Lokal zu verlassen. Für eine kleine Weile, die man verzehre,

dürfte man sich nicht erlauben, sämtliche Gäste zu beleidigen meinte er halblaut, aber deutlich genug für Nölte. Der Klempner ging nun, Brümmer und Deppler wurden beruhigt und Janrath war vor dem Verlust zweier seiner besten Gäste bewahrt.

Und wie in der Kneipe, so besprach man auch in den Familien die merkwürdige Entdeckung, die man plötzlich bei Timpe gemacht hatte. Dieser Bezirk hatte noch etwas Kleinstädtisches an sich. In den alten Häusern wohnten die Miether Jahrzehnte lang, Hinz und Kunz kannten sich, die Kinder besuchten dieselbe Schule, und so hatte ein auffallendes Ereigniß bald die Kunde durch die Häuser gemacht. Es mußte natürlich das größte Aufsehen erregen, daß weder Timpe junior mit Frau, noch der Letzteren Familie dem Begräbniß beigewohnt hatten. Man konnte sich das nur durch einen Zwiespalt zwischen Vater und Sohn erklären. Die ehrenwerthen Bürgerleute, die den Meister nur von der besten Seite kannten, bedauerten ihn tief. Eines Mittags rief Nölte Thomas Beyer zu sich herein. Als die Rede auf Timpe kam, glaubte Beyer nichts mehr verschweigen zu brauchen. Etwas von des Meisters Haß gegen Urban und Franz war auch auf ihn übergegangen. Er stellte die Undanfbarkeit des Sohnes in das richtige Licht, erzählte auch, wie Timpe jede Hilfe zurückgewiesen habe und lieber verhungern wolle, ehe er seinem Sohne den kleinen Finger reiche.

Er ist durch und durch ein ehrenwerther Charakter, sein Sohn aber ein Lump, der sich für Geld sehen lassen mußte," sagte er. "Das moderne Streberthum hat ihn auf dem Gewissen; aber Timpe hat viel verschuldet, er hat ihn frühzeitig verhätschelt und ihm in allen Dingen zu großen Willen gelassen."

Der Klempner schlug die Hände zusammen und sagte ein über das andere Mal: "Du tiefer Himmel, er be-

Erkenntnis möglichst hinten an zu halten. Weil die heutigen Zustände ihnen Vorteil bringen, möchten sie dieselben verewigen. Sie möchten genießen, ohne zu arbeiten. Und selbst der kleinste Innungsmeister, dem der Großbetrieb schon das Messer an die Kehle gesetzt hat und der am Lohnstag von Pontius zu Pilatus laufen muß, um den Lohn für seine Gefellen zusammenzubringen, er verteidigt die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse, hofft er doch, dormalenst auch ein reicher Mann zu werden und sich an den reichbesetzten Tisch des Kapitalisten setzen zu können. Diese Hoffnung ist es, die von den kapitalistischen Gaukern dem Mittelstand immer wieder vorgespiegelt wird und ihn zu einem fanatischen Anhänger des gegenwärtigen Systems macht. Und nicht nur mit dem Mittelstand treibt man dieses Trugspiel, nein, auch mit dem Arbeiterstand. Ja, mit ihm treibt man es gerade am tollsten, weil er an der Erhaltung unserer Besitz- und Eigentumsverhältnissen das wenigste materielle Interesse hat, weil er es ist, der am härtesten darunter zu leiden hat. Die „begehrlichen“ Arbeiter, die ihre Hand nach den goldenen Früchten des Kapitalismus ausstrecken, sucht man mit Hilfe der Staatsgewalt, der Religion und sonstiger Mitteln zurückzuschrecken, die zufriedenen Arbeiter aber sucht man in dem Wahne zu wiegen, als ob sie im Besitze von Eigentum wären und deshalb ein Interesse an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hätten. Weil sie noch einen guten Anzug, eine Nähmaschine oder ein Sparkassenbuch haben, und weil es zahlreiche Leute giebt, die nicht einmal diese Dinge haben, unterschiebt man den Letzteren die böse Absicht, diese ererbten Besitztümer armer Teufel rauben zu wollen. Man erweckt in diesen kleinen „Besitzern“ die Eigentumsbestie, um sie als Pressstein und Kammbock gegen die aufgeklärten oder verzweifelnden Arbeiter verwenden zu können. Man stempelt die Sozialdemokratie zu einer frivolen Räuberbande, während sie doch gerade der Raubwirtschaft am Gemeingut ein Ende machen will.

Leute, die das Leben (von der Schule wollen wir hier gar nicht reden) nicht zum Denken erzogen hat, deren Gesichtskreis nicht über ihre Pfähle hinausreicht und die ihr höchstes Streben in der Ersparung eines Notzypennigs sehen, gehen ja auf solchen Leim; sie halten sich für Besizende, die ihr Besitzthum gegen den Ansturm des nichtsparenden Pöbels verteidigen müssen. Es werden zumeist Leute sein, die abgesondert von anderen Arbeitern, womöglich gar in nächster Nähe und Gemeinschaft mit ihren „Herren“, ihr Tagewerk verrichten und die deshalb nie eine Ahnung davon haben, was Solidaritätsgefühl ist. Diejenigen Arbeiter aber, die in der Fabrikarbeit die ganze Herrlichkeit des kapitalistischen Systems an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen, die heute hier- und morgen dorthin geworfen werden, die das Schicksal ihrer Leidensgenossen Tag für Tag zum Nachdenken über ihre eigene Lage anregt, die sich mit anderen aussprechen können und denen die Konzentration der Produktionsmittel in den Fabriken jede Hoffnung auf ein Selbstständigwerden benimmt, die kommen rasch zur Einsicht; denen können die Harmonieapostel nichts mehr vormachen; die schreckt man nicht mit der Konfiskation ihrer Holzpantoffeln und Arbeits-hosen — die lachen den kapitalistischen Spiegelfechtern ins Gesicht und schwenken in das Lager der Sozialdemokratie, weil sie zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß sie in der heutigen Gesellschaft nichts mehr zu verlieren, in einer künftigen aber alles zu gewinnen haben.

Soziales und Partei-Leben.

Eine staatliche Musterwerkstatt. In dem Staatsbetriebe zu Friedrichsort war in einer Arbeiterauschuf-

kommt noch immer dreißig Mark von mir . . . ich werde mich todtschießen, wenn ich sie ihm nicht noch heute geben kann.“

Als Meyer ihn verlassen hatte, erzählte er sofort die ganze Geschichte seiner Frau und machte sich auf den Weg nach dem Magazin, für das er arbeitete; ließ sich gegen Bitten und gute Worte Vorschuß geben und schickte durch das älteste Mädchen das Geld zu Timpe hinüber. Dann hatte er nichts Eiligeres zu thun, als jedem Menschen, den er sprach, die Leidensgeschichte Timpe's zu erzählen. Ja, als er einmal einen wildfremden Mann erblickte, der das Portal von Urban's Fabrik betrachtete, knüpfte er mit ihm ein Gespräch an und schüttete seine ganze Galle gegen den „stillen Kompanion“ aus, der den Namen Franz Timpe trug. Die Situation änderte sich nun, alle Welt nahm Partei für den Drechslermeister und sprach sich ungünstig über Franz aus.

Eines Vormittags hieß es im Kontor, der „junge Chef“ sei plötzlich krank geworden. Seit seiner Verheirathung wohnte er am Alexanderplatz, in einem der wenigen, vornehm aussehenden Häuser, die noch keine Läden aufzuweisen haben.

Jeden Vormittag pflegte er in einer Droschke erster Klasse nach der Fabrik zu fahren. Kam er seinem Ziele näher und saßen oder standen Leute am Fenster, so grüßten viele von ihnen und nickten ihm freundlich zu. Seit einigen Tagen war in diesen Achtungsbezeugungen eine auffallende Veränderung eingetreten. Man wandte sich ab oder that so, als sähe man ihn nicht. Er forschte nun eifrig nach der Ursache dieser kalten Behandlung und erfuhr Alles.

Er hatte noch keine Ahnung von dem Tode seiner Mutter und selbst Urban und dessen Frau erfuhren erst von ihm davon. Zum ersten Male in seinem Leben empfand er Gewissensbisse, die ihn krank machten. Dazu

sitzung einmal darauf hingewiesen worden, daß den Arbeitern der Torpedowerkstatt nicht genügend bekannt sei, welche Blöße ihnen in der dortigen Garnisonkirche zur Verfügung ständen. Um dem Uebel abzuhelfen, hat der viel in Sozialpolitik machende Direktor Harms nunmehr folgende Bekanntmachung an die Arbeiter erlassen: „Auf Wunsch (?) des Arbeiterausschusses wird Ihnen hiermit Folgendes mitgetheilt. Die Stühle und die 1., 2., 3. und 4. Bank links vom Eingang sind für die Unteroffiziere und deren Familien, sowie für die Zivilbewohner der Garnison bestimmt, während die rechte Seite vorn für Offiziere, Deckoffiziere und Beamte, und beide Seiten hinten für Mannschaften reservirt sind. Bei Trauungen, Taufen u. s. w. haben sich die Kirchenbesucher der Platzvertheilung des Klusters zu fügen.“ Ordnung muß sein.

Einigkeit macht stark, das haben die Dortmunder Studienteure am eigenen Leibe erproben können. Nachdem die Firma Schröder u. Baum ihre Forderungen bewilligte, hat jetzt auch die Firma Gießen dasselbe gethan.

In dem Kampfe wider die Sozialdemokratie besteht ein wahres Wettrennen zwischen den einzelnen sächsischen Behörden. Welche erfindersiche Polizeiseele bereinst die Palme des Sieges erringen wird, ist noch nicht abzusehen, denn jeder Tag bringt neue Ueberraschungen. So sind wieder in verschiedenen Städten Arbeiterorganisationen und Vereine aufgelöst, größtentheils aus ganz richtigen Gründen.

Budapest. 1200 Arbeiter, welche in der ungarischen Waffenfabrik beschäftigt waren, haben wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Infolgedessen hat die Fabrik den gesamten Betrieb eingestellt und auch noch die übrigen Arbeiter entlassen.

Gemittelte Glasarbeiter. In Rive-de-Gier, wo 129 Glasarbeiter des Fabrikanten Richarme wegen Einstellung der Arbeit aus den der Fabrik gehörigen Wohnungen gewiesen worden waren, hat das Gericht den Ausweisungsbefehl gebilligt und die Arbeiter zum Schadenersatz verurtheilt.

Glasgow. Da der jüngste Beschluß der Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, keine absolute Majorität erlangte, dauert der Strike fort. Von 70,000 Bergleuten Schottlands arbeiten heute nur 400.

Aus Nah und Fern.

Seemannslatein. Ein beneidenswertes Seemannsphlegma besitzt obd Kaptein Jes Jessen, ein unverfälschter Typ von der ostholsteinischen „Waterkant“. Wenigst lehrte er, wie sein Vestmann Hinert in allen Schifferkreisen erzählt, an Bord seiner alten Kuff von Libau zurück, um eine Ladung russischen Steppenfaß nach Moskau zu bringen, und begiebt sich eines Mittags, nachdem er sich den Leib mit Wurstfleisch und Erbsen tüchtig vollgeschlagen und an Deck nochmals nach dem Rechten gesehen hatte, in seine Koje, um sich ein Stündchen die Klagen zu wärmen. „Wann schallt 't wecken, Kaptein?“ ruft Vestmann Hinert dem in der Luke Verschwindenden nach. „O, Hinert,“ meint Jessen, „dat het ni so'n Zi!“; weck mi man wenn dat anfängt zu weihen.“ Hinert begiebt sich an's Steuer und denkt: „Na, denn man to,“ und speit alle fünf Minuten zur Unterhaltung über Bord. Mittlerweile fängt der Wind aus Südwesten an aufzuzischen. Hinert giebt das Steuer dem Jungen und steigt zu der Kapitänskajüte hinauf. „Dat fangt an to weihen, Kaptein,“ ruft er dem Schlummernden zu. „Sooo,“ antwortete Jes Jessen langdröhnig. „Na, Hinert, denn will 't ä wat seggen, denn so kumm man wedder, wenn dat buten recht stief weihen deist, un weck mi denn.“ Damit dreht er sich auf die andere Seite und schnarcht weiter. Hinert geht wieder an's Steuer, brummt vor sich hin und speit dann und wann, aber seltener, über Deck. Der Vestmann steigt wieder die Kajütentreppe hinauf, klopf an und öffnet die Thür. „Nu weist dat aberst all'n beten stief, Kaptein! Wüllt Se ni upstahn?“ Jes Jessen gähnt und reckt und streckt sich. Dann meint er: „It will Di wat seggen, Hinert, dat het wol so'u Zi ni. Ew man, bet dat so hart weist, as dat weihen kann; un denn kumm wedder dal un weck mi.“ Hinert geht wieder an Deck; aber aus der Brise wird allmählig regulärer Sturm; der

kam der Aerger über die Blamage, der er durch die Hartnäckigkeit seines Vaters ausgefetzt war. Er habe noch niemals gehört, daß einem Sohne der Tod seiner Mutter grundsätzlich verschwiegen worden sei, sagte er zu Emma, die vor sechs Tagen einem Knaben das Leben gegeben hatte, von dem ihr sehnlichster Wunsch war, daß er den Namen seines Großvaters tragen sollte. Mit dem Alten scheine es in der letzten Zeit nicht richtig zu sein, wie man sich erzählte, fuhr er fort. Habe man ihm nicht vor Jahren einen vierfachen Preis für sein Grundstück geboten, ihm nicht noch vor kurzer Zeit ein anständiges Angebot gemacht? Einen derartigen Troß könne er nicht begreifen. Nun machten die Leute ihn, den Sohn, für Alles verantwortlich und würden schließlich mit dem Finger auf ihn deuten.

Er war so aufgereggt, daß er das Essen nicht anrührte, einen Boten nach der Fabrik schickte, sich für unapflich erklärte, und um regelmäßigen Rapport bat.

Emma rief ihn mit schwacher Stimme zu sich heran, deutete auf das Kind, das seine Züge trug, und flehte ihn an, sich zu seinem Vater zu begeben, um Alles wieder gut zu machen. Sie habe Recht, es müsse irgend etwas geschehen, sonst leide sein ganzes Renommee darunter, meinte er zustimmend.

Als Frau Urban gerade ins Zimmer trat, um sich wie alltäglich nach dem Befinden der Wöchnerin zu erkundigen, zog man sie ins Geheimniß. Sie sollte erst allein zum Meister gehen, um ihn vorzubereiten und seine Stimmung zu prüfen.

Am selben Nachmittage noch führte sie ihren Auftrag aus. Sie hatte den Meister lange nicht gesehen, so daß sie förmlich zurückprallte, als sie ihn erblickte. Noch mehr wunderte sie sich über seine Unhöflichkeit. Nicht einmal einen Stuhl bot er ihr an. Als sie ihn fragte, ob er sie noch kenne, lachte er spöttisch auf und wies mit der

Rechtmann hat keine Zeit mehr, über Bord zu speien. Schmeiß er die Segel reffen dann steigt er wieder in den Mann. Schiff stampft und salngert nach Möglichkeit; Hinert konstant auf den Beinen halten. In die Kajüte hineinpolterte er: „So, Kaptein, nu weist dat aberst, as dat man stümmer un ward't Lieb.“ Aber Jes Jessen richtet sich nur halbwegs gähnt, legt sich wieder nieder und: „It will Di wat Hinert, Du kauft mi man wecken, wenn dat 'a beten wedd flauen deist.“

Die Millionen-Affäre des Herrn. von der Ketter in Hannover gegen den schwedischen Staat ist jetzt in Stockholmer Rathhausgericht abgewiesen und der Staat ist in die Kosten verurtheilt. Das Gericht hat es als erwiesen angesehen, daß der Kaufmann Jakob in Lübeck an Schweden eine Summe Geld ausgehabe, doch sei nicht festgestellt, daß Kettenburg der rechtlige Erbe der Forderung ist.

Majestätsbeleidigung. Im Juni d. J. wurde Rosenau bei Walsstätt der obdachlose frühere Herrmann Wuttke festgenommen, weil er sich in dortigen Gasthause in ungehörigen Ausäußerungen den Kaiser ergangen haben soll. In nichtöffentlicher Sitzung wurde kürzlich vor der Strafkammer in dieser Fall verhandelt. Nach dem öffentlich verkündeten Urtheil hatte der Angeklagte den Kaiser als einen Mann radikaler Richtung bezeichnet. In der Begründung des Urtheils, das auf ein Jahr Gefängniß lautete, wurde ausgeführt, als straffschärfend sei in Betracht gekommen, daß der Angeklagte umhergezogen und durch seine politischen Gespräche Unfrieden und Aergerniß in der Bevölkerung hervorgerufen habe.

Woher kamen die Wasser bei Schneidemühl? Frage wurde beantwortet von Dr. Reilhack, der das in der deutschen Geologischen Gesellschaft in Berlin im Südlich von der pommerschen Seenplatte fließt von nach West die Neze zur Warthe und darin mündend Norden her kleinere Flüsse, welche die Wasser jener der Neze zuführen, darunter die Klübow, welche Wasser des Virchow- und Wilm-Sees sammelt und Süden fließt, vorüber an der Stadt Schneidemühl. Fluß hat sein Bett tief eingeschnitten in die 15—20 mächtigen diluvialen Sand- und Schottermassen, in den Thalgrund bilden, so daß die Stadt auf ein Sandinseln von Moor umgeben liegt. Die Stadt etwa sechzig Meter über dem Meere. Hier bohrt auf Wasser, der Bohrer durchsank zuerst neun Meter und Kies, dann eine mächtige Bank von feinen Me sanden und erreichte mit 73 Meter unter Tag w führende Schwimmsande. Mit großem Ueberdruck stieß die Wasser in die Höhe und rissen große Mengen Sand mit sich, so daß große Hohlräume entstanden. In sank die Oberfläche nach, so daß Risse sich bildeten, welche zwei Häuserreihen zum Einstürzen kamen. Woher kamen diese Wasser? Ebenfalls vom baltischen Landrücken, der die See trägt? Dort befinden sich abflußlose Gebiete, die sich nach unten im Sande wässern, und dadurch entsteht ein unterirdischer Wasserstrom. Da die Seenplatte 130—160 Meter über dem Meer, die wasserführende Schicht 73 Meter unterhalb des Meeres, somit 10 Meter unterhalb des Meerespiegels liegt, so hat das Wasser einen Ueberdruck von 140—170 Meter. Damit ist die riesige Stärke des Auftriebs erklärt; es war bekanntlich der Wasserstrom nicht zurückhalten, und darin lag die größte Gefahr für die Stadt. Zunächst mußte dem Wasser ein ungefähres Abfluß geschaffen werden und dann ging man daran, Bohrloch wieder zu verstopfen. — Durch diese Erklärungsweise Reilhack's, die den geologischen Verhältnissen Rechnung trägt, dürfte nach Ansicht der Fachmänner Schneidemühlener Katastrophe richtig gedeutet sein.

Hand nach der Seite, wo der Hof lag. „Die Mauer . . . wissen Sie noch? . . . Sie haben uns das Licht gegönnt, nicht den Anblick der unschönen Blumen, die Gott doch überall wachsen läßt, damit Armste sich daran erfreue.“ Er hatte noch nichts gesagt; das machte sie erst recht betroffen.

„Ihr Sohn gab die Veranlassung,“ brachte sie zögernd wie zur Vertheidigung hervor. Zu gleicher wollte sie das Gespräch auf den eigentlichen Zweck des Besuchs bringen; aber im nächsten Augenblick schloß sie zusammen, denn Timpe stampfte mit dem Fuße und sagte:

„Mein Sohn, mein Sohn! . . . Kennen Sie Ich nicht. Sie hätten ihn damals den Hals umdrehen sollen, als Sie ihn zum ersten Male beim Obstkorb ertappten. Sie hätten ein gutes Werk gethan . . . Gott wird mir meine sündhaften Gedanken vergelten um der vielen Gebete willen, die mein Leben ausgefüllt haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Leipziger Hochverraths-Prozess. Heft 9, 10, 11 heute Freitag zur Ausgabe. Dieses Heft enthält eine historische Materials, u. a. das Manifest des Vranzösischen Ausschusses (gegen die Fortsetzung des deutsch-französischen Krieges nach der Gefangennahme Napoleon's) mit dem bestimmten Willen von Marx, worin er als die notwendige Folge der Annexionen Elsaß-Lothringen die feste Kriegsgefahr zwischen Deutschland Frankreich und das Bündniß Rußlands mit Frankreich proph und auf die große Verantwortung der deutschen Arbeiter hinweist, da „der Krieg den Schwerpunkt der kontinentalen Bewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt hat“. — pro Heft 20 Pf.

Bestellungen nehmen noch jetzt alle Buchhandlungen, Buch- und Zeitungsbedeure oder die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ entgegen.